Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 3. Januar 1931

35. Jahrgang — Nummer 1

An die Mitgliedschaft des Verbandes

Werte Kollegen!

Das schlimmste Jahr in der Geschichte der Steinarbeiter und Steinsetzer ist zu Ende. Die bloße Feststellung einer Arbeitslosigkeit von 46 Prozent im Jahresdurchschnitt sagt mehr, als alle Berichte über die in diesem Jahr ausgestandenen körperlichen und seelischen Leiden unserer Mitglieder melden können.

Die Empörung, die weite Mitgliederkreise über die teilweise unhaltbaren beruflichen und wirtschaftlichen Zustände erfaßt hat, ist daher nur zu verständlich. Auch gelegentliche ungerechte Beschuldigungen der Verbandsfunktionäre, insbesondere der besoldeten, wegen Versagens der gewerkschaftlichen Mittel, sind lediglich als Verzweiflungsausbrüche zu werten, die bei Kenntnis der wirklichen Ursachen der bestehenden Verhältnisse und der Schwierigkeit ihrer Beseitigung gar nicht erhoben würden.

Anders verhält es sich mit der systematisch betriebenen Zersetzungstätigkeit der von der Kommunistischen Partei (KPD) aufgezogenen Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), die unter dem Deckmantel der „Einheitsfront" ihr Unwesen seit langer Zeit auch in unserem Verbande treibt. Absplitterungen in Halle (Verband der ausgeschlossenen Steinarbeiter), Königsberg i. Pr. (Steinarbeitersektion im Verband der ausgeschlossenen Zimmerer) zeigen, wohin die Reise geht, nämlich zur organisatorischen Selbständigmachung, sobald den Oppositionellen der Anhang in der Mutterorganisation stark genug erscheint.

Nicht Stärkung des Verbandes, sondern **Stärkung der Opposition ist ihre Parole, was gewollt oder ungewollt auf die Schwächung des Verbandes hinausläuft.**

Unsere Hoffnung, daß durch das Anwachsen der Nationalsozialisten, zunächst wenigstens, eine Annäherung der linksgerichteten Parteien (einschließlich der Gewerkschaften) stattfinden würde, hat sich leider nicht erfüllt. Das gerade Gegenteil ist eingetreten. KPD und RGO legen es direkt darauf an, der Arbeiterschaft die demokratisch-parlamentarische Grundlage zu entziehen, um auf den Trümmern der Demokratie und des Parlamentarismus die Diktatur erstehen zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß nicht sie, sondern die Nationalsozialisten die Diktatur ausüben.

Einer solchen Katastrophenpolitik muß mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt werden. Wer der Führung der RGO das Wort redet oder gar im Auftrage derselben handelt, der kann keine führende Stellung im Verbande einnehmen. Selbst die bloße Zugehörigkeit zur RGO ist mit der Mitgliedschaft im Verbande unvereinbar. **Wer der RGO ergeben ist, der kann nicht zum Wohle des Verbandes wirken.** Deshalb dürfen auch bei der bevorstehenden Neuwahl der Ortsverwaltungen keine RGO-Kandidaten gewählt werden. Geschieht das trotz dieser Bekanntmachung, so werden sie vom Verbandsvorstand nicht als Verbandsfunktionäre anerkannt, woraus sich alle weiteren Maßnahmen nach den Bestimmungen des Statutes von selbst ergeben.

Was für die Ortsverwaltungen gilt, das gilt selbstverständlich auch für das Betriebsrätewesen des Verbandes. Der RGO angehörende Betriebsräte können als Verbandsfunktionäre nicht angesehen werden. Weder innerhalb noch außerhalb des Arbeitsverhältnisses dürfen den Verbandsbestrebungen zuwiderlaufende Parolen der RGO durch Mitglieder des Verbandes befolgt werden.

Werte Kollegen! Nichts liegt dem Verbandsvorstande ferner, als etwa den Mitgliedern die Kritik am Wesen und Wirken des Verbandes zu beschneiden. Aufbauende Kritik ist nach wie vor die Voraussetzung jeglichen Fortschritts. Wir wenden uns nur gegen die alles niederreißende Kritik, weil es unendlich schwerer ist, auf Trümmern von vorn anzufangen, als auf bereits Vorhandenem weiterzubauen. In diesem Bestreben glauben wir uns mit der übergroßen Mehrheit der Mitglieder einig.

Wer in dieser Zeit der Not der Führung des Verbandes und der Erfüllung seiner historisch bedingten, in den Satzungen und Richtlinien des Verbandes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) festgelegten Aufgaben entgegentritt und sie durch Befolgung entgegengesetzter Parolen erschwert oder verhindert, der hat in unseren Reihen keinen Platz mehr. So freudig wir jeden sich ehrlich zum Verbande bekennenden Mitkämpfer begrüßen, so abwehrend müssen wir denen gegenüberstehen, die ihre Sonderinteressen über die Verbandsinteressen stellen.

Nur durch die Herbeiführung und Aufrechterhaltung der ideellen Geschlossenheit unserer Bewegung ist es möglich, den Gefahren der Zukunft erfolgreich entgegenzutreten. Nur einig im Wollen und einig im Handeln können wir unsere Verbandsaufgaben erfüllen. Von diesem Grundsatz geleitet wollen wir die Organisationsarbeit des neuen Jahres beginnen, mag kommen was da wolle.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Ernst Winckler.

Das alte Jahr

Keine guten Erinnerungen für unsere Verbandsmitglieder zurücklassend, hat sich das alte Jahr, wenn die Nr. 1 des „Steinarbeiter" in die Hände der Kollegen gelangt, davongemacht. Die zwölf Monate dieser Zeitspanne waren für das arbeitende Volk eine Periode schwerer Enttäuschungen. Selten sind die Schicksalsschläge sowohl auf den einzelnen wie auf die Masse mit solcher Wucht niedergesaust. Das Jahr 1930 ist zur Schicksalswende für das arbeitende Volk Deutschlands geworden. Viele wähnen bange Zeichen am Horizont, daß Jahre dieser Art noch öfters wiederkehren. In der Bibel finden wir die Sage, daß sieben fette Jahre von sieben mageren Jahren mit einer gewissen Regelmäßigkeit abgelöst werden. Sollte dies auf die gegenwärtige Zeit angewandt werden, so ist darauf zu erwidern, daß das Volk der Arbeit von fetten Jahren seit dem Krieg wahrhaftig wenig gemerkt hat. Doch wenn auch die moderne Konjunkturforschung von dem gegenwärtigen Tiefpunkt einer langen Konjunkturwelle spricht, so hätten wir in der Tat von der nächsten Zukunft sehr wenig zu erhoffen.

Am Anfang 1930 war auf der Konferenz im Haag der Endkampf um die Gestaltung der Reparationen, dem folgte der innere Kampf um die Annahme oder Ablehnung der Younggesetze und vieles andere mehr. Außenpolitische und innerpolitische Auseinandersetzungen solch folgenschwerer Art hätten früher das Volk Jahre hindurch in Atem gehalten. Wir sind aber in dem letzten 1½ Jahrzehnt durch die Geschehnisse und ihre Folgen so abgestumpft worden, daß derartige Atemstockungen der Weltgeschichte schnell vergessen werden. Ein Wechsel der Reichsregierung ließ mit aller Deutlichkeit die Risse erkennen, die durch das deutsche Volk als politische Schicksalsgemeinschaft gehen. Die neue Regierung war kaum am Ruder, als sie bereits begann, mit dem § 48 durch Notgesetze zu regieren. Kaum war diese Gefechtsperiode im öffentlichen Leben Deutschlands vorüber, da kam es zur Auflösung des Reichstages. Ein wüster Wahlkampf brauste über das Land und wühlte die Instinkte verzweifelter Menschen auf. Einen solchen Ausgang des Wahlkampfes hatte niemand erwartet. In das Wallotgebäude zogen wüste Gesellen ein, die unbeschwert von Wissen und Erfahrungen den Reichstag zum Kasperletheater herabwürdigten. Da eine geregelte Arbeit mit einem solchen Parlament nicht zu erledigen war, mußte wiederum mit dem Artikel 48 eingegriffen werden. An dem folgenschweren Anfang dieser so geschaffenen Gesetze stehen wir jetzt an der Jahreswende. Wir vermögen es noch nicht im einzelnen zu übersehen, welche Auswirkungen diese Gesetze haben werden. Sie sind jedenfalls eine große Belastung und nur als eine verzweifelte Notmaßnahme eines in einer tiefen Wirtschaftskrise verstrickten Volkes zu werten.

Auf dem sozialen Kriegsschauplatz sind im verflossenen Jahr harte Kämpfe ausgetragen worden. Das deutsche Unternehmertum hatte einen groß angelegten Feldzug gegen den sozialen Lebensstandard des Volkes eingeleitet. Teilweise waren die politischen Niederlagen dafür die Voraussetzung. Es wurde ein gut vorbereiteter Angriff auf die Lohnhöhe unternommen. Die Barriere der Tarifvertragsrechte sollte überrannt werden. Der Metallarbeiterstreik in Berlin gestaltete sich zu einer Durchbruchsschlacht der vereinigten Reaktion gegen eine uneinige Arbeiterschaft. In dieser sind erstere Sieger geblieben. Von dieser Etappe aus setzte ein sozialer Kleinkrieg ein. Auf zahlreichen Vor- und Nachposten muß die Arbeiterschaft ihre Lohnhöhe verteidigen. In dieser Periode stehen wir am Jahreswechsel 1930/31. Inwieweit der Stoß der Unternehmer noch weiter vorgetragen werden kann, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Es ist aber sicher, daß die Arbeiterschaft in diesem Kampfe die Höhe ihres Lebensstandards auf Jahrzehnte hinaus verteidigt.

Nicht in Deutschland allein, sondern in fast allen Industrieländern sind Erscheinungen dieser Art, wenn auch nicht mit der gleichen Schärfe festzustellen. Wir leben in einer Weltwirtschaftskrise, wo Arbeitslosigkeit, Massennot und Verzweiflung zur allgemeinen Erscheinung geworden sind. Ein Erdrutsch der Rohstoffpreise ging mit der Weltwirtschaftskrise einher. Leider haben wir von einem Erdrutsch der Preise der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im Innern des Landes nichts gemerkt. Der Kapitalismus ist im Augenblick dabei, den Beweis dafür anzutreten, ob er überhaupt in der Lage ist, die überlagerten und verwickelten Schwierigkeiten zu meistern. Rationalisierung war das Zauberwort, das uns in den verflossenen Jahren überall in die Ohren gellte. Als Folge dafür sehen wir nicht nur keinen allgemeinen Wohlstand, sondern eine Massenarbeitslosigkeit und eine damit einhergehende Not breiter Volksschichten. Der Mensch hat durch seine technischen Errungenschaften eine derartige Menge Naturkräfte gelöst, daß er tatsächlich eine Art Paradies aufbauen könnte, wenn nicht die Interessengegensätze der Völker und der einzelnen Volksschichten daraus einen unentwirrbaren Knäuel von Schicksalsfragen gemacht hätten. Aus dem Segen ist ein Fluch geworden. Nun hoffen wir, daß das neue Jahr die Kraft aufbringen möge, diesen Knäuel zu lösen oder wie weiland Alexander zu zerhauen. Ob es gelingen wird, steht dahin.

Zwei Kollegen unterhalten sich über die von äußerst rechts und von äußerst links erstrebte Uneinigkeit innerhalb der Gewerkschaften und kommen, indem sie sich die Hand geben wollen, zu dem Gelöbnis: „Wir müssen zusammenstehen, denn durch Eintracht wächst das Kleine, durch Zwietracht zerfällt das Größte", und das alte volkstümliche Sprichwort: „Während ihrer zwei zanken um ein Ei, steckt's der dritte bei" hat für die gesamten Arbeiter in dieser ernsten Zeit vermehrte Bedeutung. Darum, Verbandsmitglieder, zeigt den Zerstörern der freigewerkschaftlichen Geschlossenheit den richtigen rückläufigen Weg!

Doch wie es auch um uns herum fiebert und braust, wir sollten den Mut nicht verlieren. Schließlich sind die Verhältnisse nicht so stark, daß sie nicht zu bändigen wären und über uns wie eine Sintflut hinwegbrausen müssen. Ein großer Teil der Widerwärtigkeiten, die das verflossene Jahr hervorbrachte, sind nicht zuletzt auf das eigene Schuldkonto des arbeitenden Volkes zu setzen. Obwohl jedes Kind die gemeinsamen Interessen mit Händen zu greifen vermag, ist die Masse der Hand- und Kopfarbeiter in viele Heerhaufen gespalten. Es waren Arbeiter, die die Massen der Demonstranten bei den Nationalsozialisten stellten. Die Stimmen der Arbeiter und der Arbeiterfrauen waren für die Zusammensetzung dieses Reichstages mit ausschlaggebend. Eine tiefe Verzweiflung lagert über der breiten Masse des Volkes. Jeder ist in seine eigenen Sorgen derartig verstrickt, daß mancher das große Ziel der Gemeinsamkeit nicht mehr zu sehen vermag. Man ergibt sich teilweise schimpfend und polternd in sein Schicksal und nur wenige vermögen sich aus dieser Verzweiflungsstimmung herauszureißen. Doch ewig wahr bleiben die Worte, die als Einleitung in dem Steinarbeiterkalender des abgelaufenen Jahres stehen:

Sage nie: „Das kann ich nicht!"
Alles kannst du, will's die Pflicht.
Schweres kannst du, will's die Liebe.
Darum dich im Schweren übe.
Schweres fordert Lieb' und Pflicht.
Sage nie: „Das kann ich nicht!"

Wenn wir auch befürchten, daß solche hinreißenden Worte zum Teil auf steinigen Boden fallen, so wollen wir doch nicht erlahmen, sie immer wieder zu verkünden. Denn noch haben wir den Glauben an die Menschheit und an den Aufstieg des arbeitenden Volkes nicht verloren, trotz alledem und alledem.

Und so wollen wir mutig und tapfer über die Schwelle des neuen Jahres schreiten mit dem Gelöbnis, bereit zu sein, wenn uns die Pflicht rufen sollte. Wenn auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung an Kraft infolge der tausenderlei Widerstände etwas verloren haben möge, so ist sie doch noch immer eine Großmacht ersten Ranges. Die Massenorganisationen der Arbeiter und Angestellten stehen nach wie vor ungebrochen da. Wir können uns naturgemäß solcher Katastrophen wie sie über Deutschland und andere Länder hinweggebraust sind, nicht entziehen, doch wir sollten uns in der Tiefe des Tales zu dem Mut zurückfinden, daß es auch Höhen des Lebens gibt, von denen wir einen freien Blick auf die Schönheiten des Lebens werfen können. Wir finden die Kraft zum Aufstieg um so eher, wenn wir in uns den Glauben nähren,

daß irgendwo ein Bruder steht und schafft
dasselbe mit der gleichen stummen Kraft,
daß irgendwo ein Bruder, so wie du,
strebt sehnsuchtsschwer der Sonnenstunde zu,
in der verbrüdernd eine ganze Welt,
er deine Hand in seiner Rechten hält.

Mit diesen Worten von Alfons Petzold im Herzen wollen wir das neue Jahr beginnen und allen Gewalten im brüderlichen gewerkschaftlichen Zusammenhalt trotzen.

Die Unternehmerverbände in der Steinindustrie

In der Nummer 50 des „Steinarbeiters“ von 1930 brachten wir einen Artikel über die Organisationsmacht der Unternehmer, worin wir versuchten, einen Gesamtüberblick über die sogenannten Arbeitgeberverbände zu geben. Es wurde dabei festgestellt, daß die Unternehmer in viel größerem Maße über organisatorische Machtmittel verfügen, als die Hand- und Kopfarbeiter. Jedenfalls sind die Gewerkschaften an Macht und Einfluß kaum mit den Unternehmerverbänden zu vergleichen. Obwohl der politische Einfluß der Unternehmer namentlich bei einer bürgerlichen Regierung nicht gering ist, bestehen aber daneben noch eine Reihe Organisationsarten, deren Aufgaben wirtschaftspolitischer, sozialpolitischer oder kartellmäßiger Natur sind. Etwas Aehnliches gibt es bei den Arbeitern und Angestellten naturgemäß nicht. Deshalb ist auch die Gesamtauswirkung der ganzen Organisationsmacht der Unternehmer größer als bei den Gewerkschaften.

Soweit die von uns vertretenen Industrie- und Gewerbegruppen in Frage kommen, handelt es sich um einen Organisationskomplex, den wir nachstehend zu beschreiben versuchen. Die Gruppe Steine und Erden, in der zum größten Teil unsere Industriegebiete einrangiert sind, findet sowohl im Reichsverband der Deutschen Industrie als auch in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre oberste Spitzen- oder richtiger Dachvertretung. Die Gruppe der Industrie Steine und Erden hat ihr Büro in Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstraße 30, und ist dazu berufen, das gesamte Gebiet wirtschaftspolitisch zu bearbeiten. Dazu gehören der Reichsverband der Deutschen Steinindustrie, der Bund der Sand- und Kieswerke Deutschlands, der Bund Deutscher Kreidewerke, Reichsverein Deutscher Kalksandsteinfabriken und weitere 14 Verbände. In der 2. Dachorganisation — der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände — sind in der Gruppe Steine und Erden u. a. zusammengeschlossen der Deutsche Kalkbund, der Reichsverband der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie, der Arbeitgeberverband der Kalk- und Zementindustrie Mitteldeutschlands, der Arbeitgeberverband der Kalk- und Dolomitindustrie in Rheinland-Westfalen, der Arbeitgeberverband der Niederschlesischen Kalkindustrie u. a. Man sieht also, daß die Industrie Steine und Erden in den großen Dachorganisationen stark verankert ist.

Im einzelnen fungiert als Spitzenorganisation neben der Fachgruppe Steine und Erden im RDI das Arbeitgeberkartell Steine und Erden, das sich nur mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Der Reichsverband der Deutschen Steinindustrie, Berlin, wird als wirtschaftspolitische Spitzenorganisation bezeichnet. Der Reichsverband der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie, der Verband Deutscher Granitwerke, Karlsruhe, der Verband Deutscher Werksteinbetriebe, Würzburg, der Verband Deutscher Marmorindustrien, Berlin, der Bund Deutscher Marmorbruchbesitzer, Groß-Kunzendorf, und der Reichsverband des Deutschen Steinmetz- und Steinbildhauergewerbes, Berlin, beschäftigen sich mit wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen. Dagegen werden nur als wirtschaftspolitische Organisationen bezeichnet der Deutsche Marmorfachverband, München, der Verein Deutscher Marmorwerke, München, die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Schieferindustrie, Saalfeld, die Vereinigung Deutscher Schwerspatwerke, Bad Lauterberg, und die Interessengemeinschaft der Alabasterindustrie, Berlin. Neben diesen Reichsverbänden gibt es eine Reihe mehr oder weniger selbständiger Landes- und Bezirksverbände, die sich alle neben ihren wirtschaftspolitischen Aufgaben auch mit der Regelung von Arbeiter- und Angestelltenfragen beschäftigen. Diese sind Industrieverband für das Steinschleifergewerbe in Idar, Oberstein und Umgegend, Bayrischer Steinindustrieverband, Arbeitgeberverband der Steinindustrie von Mayen und Umgegend, Verein zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen der rheinischen Bimsindustrie, Verband Thüringischer Schieferindustrieller, Verband der Deutschen Schieferindustriellen, Frankfurt a. M., Verband Solnhofner Lithographiestein-Industriellen, München. Daneben gibt es noch eine Reihe Verbände, außer den bereits mitgenannten, die sich mit unserm Organisationsgebiet weniger überschneiden, wie die Vereinigung Deutscher Kristallsandwerke, der Verband Deutscher Kaolinwerke, Deutscher Kalkbund usw.

Wenn wir also das Organisationsgebiet der Unternehmer überblicken, müssen wir feststellen, daß die Rüstungen der Steinindustriellen sehr intensiv betrieben wurden. Wir erwähnten bereits, daß die von uns genannten Spezialverbände für die Industrie Steine und Erden mit den großen Dachorganisationen der Unternehmer in sehr enger Beziehung stehen. Erwähnenswert ist noch, daß der Reichsverband des Deutschen Steinmetz- und Steinbildhauergewerbes, dem 18 Landes- und Bezirksverbände angeschlossen sind zum **Reichsverband des Deutschen Handwerks** gehört. Dazu gehört ferner der Reichsverband für das Deutsche Pflasterer- und Steinsetzgewerbe (Sitz Leipzig), dem 10 Landes- und Bezirksverbände und 43 Ortsverbände angeschlossen sind. Dieser Reichsverband zählt 1500 Mitglieder. Wir sehen also, daß unsere Organisation bei eventuell ausbrechenden Differenzen nicht nur den starken organisatorischen Widerstand der eigenen Industrie, sondern auch die konzentrierten Machtmittel der Gesamtunternehmer zu überwinden hat. Inwieweit hierzu die eigene Kraft unseres Verbandes ausreicht, wollen wir an dieser Stelle nicht untersuchen. Jedes Mitglied wird aber mit uns der Meinung sein, daß unsere eigene Kraft noch sehr der Stärkung bedarf, um allen Eventualitäten, die sich aus der organisatorischen Uebermacht der Unternehmer ergibt, gewachsen zu sein. Vor allem darf die Agitation in den Reihen der Unorganisierten nicht erlahmen, und man ersieht ferner aus dem Vorstehenden, wie unsagbar erbärmlich die dauernden Quertreibereien der Kozis und Nazis gegen die Gewerkschaften sind.

27 Parteien ...

27 Parteien traten im letzten Wahlkampf mit eigenen Kandidaten auf. 27 Parteien warben um die Stimme des Wählers. Nicht einmal die Hälfte dieser Parteien konnte einen Sitz im Reichstag erlangen, nur 13 Parteien zogen in das Parlament ein. 512 112 Stimmen wurden nutzlos abgegeben, mehr als ½ Million Wähler übten durch ihre Stimmabgabe für Splitterparteien keinen positiven Einfluß auf die Gestaltung dieses Reichstages aus.

Im Reichstag vertreten sind — nach ihrer Stärke geordnet — folgende politischen Gruppen: 1. Sozialdemokraten, 2. Nationalsozialisten, 3. Kommunisten, 4. Zentrum, 5. Deutschnationale, 6. Volkspartei, 7. Landvolk (mit Hannoveranern und Volkskonservativen), 8. Wirtschaftspartei, 9. Staatspartei (von der sich inzwischen die Jungdeutschen trennten und einen eigenen „Laden“ aufmachten), 10. Bayrische Volkspartei, 11. Christlich-sozialer Volksdienst, 12. Deutsche Bauernpartei, 13. Landbund.

Selbst für den politisch tätigen Kollegen ist es schwer, sich in diesem Wirrwarr von Parteien zurechtzufinden. Ueber die großen Parteien ist man selbstverständlich gut unterrichtet; aber die kleineren Parteien, die oft das Zünglein an der Waage bilden, sind in ihrer Zielstellung, die oft für wichtige politische Entscheidungen maßgebend ist, zu wenig bekannt. Es ist deshalb wirklich zu begrüßen, daß dieser Tage ein kleines Heft erschien, das die Programme der heutigen Parteien zusammenfaßt und der Oeffentlichkeit zugänglich macht. (Die 27 deutschen Parteien und ihre Ziele, Verlag Himmelheber & Co., Hamburg 11. Preis 50 Pfg.) Schon beim flüchtigen Durchblättern stößt man auf allerlei interessante Tatsachen, die wohl nur Wenigen bekannt sind und von denen wir einige Brocken herausgreifen wollen.

Wie stehen die Deutschnationalen z. B. zur Staatsform? — Sie wollen die Wiederherstellung der Monarchie, weil sie der Eigenart und der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands entspreche! „Ueber den Parteien stehend, verbürgt die Monarchie am sichersten die Einheit des Volkes (Sozialistengesetz!), den Schutz der Minderheiten, die Stetigkeit der Staatsgeschäfte und die Unbestechlichkeit der öffentlichen Verwaltung (Podbielski-Skandal!).“

Aus den deutschnationalen Programmpunkten für Arbeiter und Angestellte seien nur drei Sätze zitiert: „Die Kapitalbeteiligung der Angestellten und Arbeiter an gesellschaftlich betriebenen Unternehmungen ist gesetzlich zu erleichtern. Die Betriebsrätegesetzgebung ist so zu gestalten, daß sie dem wirtschaftlichen Frieden und der Förderung der Erzeugung dient. Der marxistische Klassenkampfgedanke ist als Zerstörer jeder Kultur abzulehnen.“

Die deutsche Volkspartei — und das ist vielleicht bezeichnend — hat keine Programmpunkte zur Arbeiter- und Angestelltenfrage. Sie kennt nur Beamte, freie Berufe, Handwerk, Handel und Gewerbe. Und auch da ist ihr Programm so verklausuliert, daß man alles und nichts daraus lesen kann

Die Staatspartei ist ohne Programm geblieben. Die Ehe zwischen Demokraten und Jungdeutschen vereinigte zwei so ungleiche Partner, daß man auch aus den Programmen der alten Organisationen keine Schlüsse auf ihre jetzige Stellung zu einzelnen Problemen ziehen kann.

Die Wirtschaftspartei oder Reichspartei des deutschen Mittelstandes ist nach ihrem Programm die Interessenvertretung des mittelständischen Handwerks und Gewerkes, während tatsächlich in ihr verschiedene Gruppen des Großkapitals (Alkoholkapital, Filmindustrie usw.) ihre Interessenvertretung finden. Für Beamte, Angestellte und Arbeiter gelten folgende Programmpunkte: „Wiederherstellung und Erhaltung eines aus kenntnisreichen Kräften bestehenden unabhängigen Berufsbeamtentums, Säuberung der Beamtenschaft von Personen, denen Vorbildung und persönliche Eignung für die Posten fehlen... Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist in höherem Maße als bisher als gegenseitiges Treuverhältnis zu gestalten. Die Wirtschaftspartei wünscht eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens. Die Entlohnung ist nach Leistung und Qualität der Arbeit zu stufen.“

Zentrum und Bayrische Volkspartei vertreten in vielen Fragen gleiche Gedankengänge. Während jedoch das Zentrum neben der Forderung auf Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft bejaht, lehnt die bayrische Volkspartei jede Art von Klassen- und Standeskampf ab!

Die christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei sieht in der heutigen Sozialpolitik einen Keil, der zwischen Arbeiterstand und Bauernschaft getrieben werde (und dessen Beseitigung sie deshalb wohl erstrebt! Das verschweigt sie aber schamhaft!)

Der christlich-soziale Volksdienst erblickt im Staat eine göttliche Ordnung und lehnt deshalb jede Klassenfront und jeden Klassenkampf ab.

Die deutsche Bauernpartei will die politische Macht erringen, die sich bisher in den Händen der Großindustrie, des Großgrundbesitzes, der Beamtenschaft und der organisierten Arbeiterschaft befindet. Ihre sonstigen Ziele berühren Forderungen des Bauernstandes.

Das tollste Stück in dieser Zusammenstellung sind jedoch die Nationalsozialisten, die — obwohl sie sich doch Nationalsozialistische Arbeiterpartei nennen — überhaupt keine Stellung nehmen zu den gegenwärtig doch so brennenden Arbeiter- und Angestelltenfragen. Ihre Forderungen sind zu 25 Punkten zusammengefaßt, denen wir die folgende Aneinanderreihung entnehmen:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ohne Rücksichtnahme auf Konfession... Wir fordern, daß der Staat sich verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen... Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen.“

So geht das Phrasengeklingel der Nazioten durch alle ihre 25 Punkte. Fast fällt es schwer, dabei ernst zu bleiben. Bei den Programmen aller andern Parteien — selbst bei dem der Kommunisten — fühlt man, daß die Menschen, die hinter den Programmen stehen, wissen, was sie im politischen Kampfe wollen. Bei den Nationalsozialisten kann man aber selbst beim besten Willen nur elendestes Schwadronieren feststellen. Vielleicht trägt die Zusammenstellung der Parteiprogramme zur Verbreitung dieser Erkenntnis bei.

Wodurch wird der Preisabbau in den Konsumgenossenschaften nachteilig beeinflußt?

Die Wirtschaft steht heute im Zeichen des Preisabbaus. In den letzten Wochen und Monaten sind viele Artikel des täglichen Bedarfs im Vergleich zum Vorjahre erheblich im Preise zurückgegangen. Die Konsumvereine sind die Einrichtungen, die sich die Verbraucher geschaffen haben, um durch Senkung der Ausgaben ihre Lebenshaltung zu verbessern. Sie haben es von jeher als ihre Aufgabe betrachtet, preisregulierend zu wirken. Die Einrichtungen der Konsumvereine haben schon immer der Verfolgung des Zieles gedient, den Bedarf aller der Genossenschaft angeschlossenen Verbraucher zu möglichst niedrigen Preisen bei Abgabe unverfälschter und guter Ware zu befriedigen. Wenn durch die rückläufige Preisbewegung wichtiger Rohstoffe und Bedarfsgüter die Möglichkeit gegeben ist, die Lebenshaltung der Verbraucher zu verbilligen, so werden sich die Konsumgenossenschaften stets die eifrige Förderung solcher, ihrem Wesen nahe verwandten Bestrebungen besonders angelegen sein lassen. Daß sie bisher schon sehr beachtliche Leistungen auf dem Gebiete des Preisabbaus zu verzeichnen haben, beweist eine Erhebung, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine Mitte November veranstaltet hat. Von vierzig großen und mittleren Konsumvereinen des ganzen Reiches sind die Preise für mehr als hundert lebenswichtiger Bedarfsgüter nach dem Stande vom 15. November 1929 und 1930 ermittelt worden. Aus diesen Unterlagen geht hervor, daß die Konsumvereine im Durchschnitt Preissenkungen von 15 bis 20 v. H. und darüber vorgenommen haben. Die von den Konsumvereinen gewährte Rückvergütung, die allgemein 4 bis 5 v. H. beträgt, ist hierbei nicht berücksichtigt. Bei einigen für die Ernährung sehr wichtigen Lebensmitteln, wie Oel, Kaffee, Hülsenfrüchte, Wurst u. a. m. ist ein sehr merklicher Preisrückgang zu verzeichnen, der für den Haushalt eine spürbare Erleichterung bedeutet. In vielen Betrieben sind in den letzten Monaten Lohn- und Gehaltskürzungen eingetreten. Es ist daher zum Wohle der breiten Volksschichten durchaus zu wünschen, daß durch weitere Preissenkungen die Lebenshaltung der Verbraucher noch mehr verbilligt wird. Diesen nützlichen Bestrebungen der Konsumvereine wirken eine Reihe von Hemmungen entgegen, auf die im folgenden hingewiesen werden soll.

Die Einzelhandelsbetriebe haben vielfach ihre Preissenkungen den erstaunenden Verbrauchern mit großem Tamtam nachzuweisen versucht. Den Konsumvereinen liegt es nicht, auf diese Art viel Aufhebens von ihren Leistungen zu machen. Die Ergebnisse ihrer Leistungsfähigkeit sollen auch nur denen zugute kommen, die Träger der Genossenschaft sind — den Mitgliedern —. Sehr wohl könnten die Konsumvereine ihren Mitgliederkreis bedeutend weiter spannen, wenn sie die Möglichkeit hätten, durch Preisveröffentlichungen die noch abseits der Bewegung stehenden Verbraucherkreise auf ihre Leistungsfähigkeit hinzuweisen. Verstärkter Mitgliederzugang bedeutet Steigerung der Umsätze und weitere Vorteile für die Mitglieder. Die Veröffentlichung von Preisvergleichen (Preise in Konsumvereinen verglichen mit den Preisen der Privatgeschäfte) ist den Konsumvereinen durch gerichtliches Urteil, als gegen den lauteren Wettbewerb verstoßend, bei hohen Strafen untersagt! Solche Preisvergleichungen sind dem Einzelhandel aus naheliegenden Gründen unbequem. Daher mußten die Konsumvereine mundtot gemacht werden. Die Aufklärung der Verbraucher soll mit allen Mitteln unterbunden werden. Daß ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Rabatt des Einzelhandels und der von den Konsumvereinen gewährten Rückvergütung besteht, darf nach einer Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts den Verbrauchern nicht gesagt werden. Auch hier wird die Schriftleitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit Strafe auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb bedroht. Diese Entscheidungen einer kurzsichtigen, das Wesen der Konsumvereine völlig verkennenden Justiz wirken bei den Konsumgenossenschaften indirekt hemmend auf die weitere Preissenkung ein. Würdig neben die Justiz stellen sich die Finanzbehörden. Auch ihnen ist das Wesen der Konsumvereine fremd. Durch ganz unverständliche Urteile, die oft in den Bestimmungen der Steuergesetze keine klare Grundlage finden, werden den Konsumvereinen Steuerlasten aufgebürdet, die die Steuerleistung des Privathandels um ein Mehrfaches übersteigen.

Die Regierung will mit allen Mitteln den Preisabbau. Er soll dazu dienen, die von ihr vorgenommene Kürzung der Beamtengehälter und die Schiedssprüche über Lohnherabsetzungen zu rechtfertigen. Soweit die Bestrebungen des Reichskanzlers und des Arbeitsministers. Der Finanzminister und der Ernährungsminister lassen sich dadurch in ihren Maßnahmen jedoch nicht stören. Viele, sehr wichtige Bedarfsartikel sind in den letzten Monaten billiger geworden. Die Inlandpreise mußten den viel niedrigeren Weltmarktpreisen folgen. Die Preissenkungen wurden vielfach durch neue sehr beträchtliche Zollerhöhungen illusorisch gemacht. Den Verbrauchern war dadurch die Möglichkeit genommen, sich für weniger Geld Kaffee, Tee, Mehl usw. zu beschaffen. Die im Interesse der Landwirtschaft vorgenommenen Zollerhöhungen verteuern den Verbrauchern das wichtigste Lebensmittel, das Brot, in sehr erheblichem Maße. Dank diesen Zollerhöhungen liegen wir heute in Deutschland in vielen lebenswichtigen Bedarfsgütern noch weit über dem Weltmarktpreis. Durch künstliche Zollschranken wird die Einfuhr wertvoller billiger Nahrungsmittel unmöglich gemacht. So beträgt z. B. der Weltmarktpreis für Zucker 8 Pf., während der Preis für Zucker in Deutschland auf 27 Pf. steht.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch gestattete es auch den minderbemittelten Verbrauchern, sich ab und zu den Genuß von kräftigem Fleisch zu leisten. Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch wurde aufgehoben, so daß die Einfuhr von Gefrierfleisch damit praktisch unmöglich geworden ist. Die von der Regierung zum „Ausgleich“ hierfür eingeleitete Verbilligungsaktion für Fleisch ist ein Schlag ins Wasser. Sie kostet dem Reich erhebliche Summen, ohne den notleidenden Verbrauchern nennenswerte Vorteile zu bringen. Die Regierung will den Verbrauchern angeblich helfen; sie will die Preissenkungen mit allen Mitteln fördern. Also fort mit allen Zöllen und sonstigen Maßnahmen, die diesem Ziele entgegenwirken! Ist es der Regierung ernst in ihren Bemühungen, so hat sie auch scharfen Kampf und energisches Durchgreifen allen jenen Preisbindungen und -abmachungen anzusagen, die darauf hinausgehen, die Preise künstlich hochzuhalten. Wirksame und durchgreifende Preissenkungen erfordern scharfe Eingriffe in den Machtbereich der Syndikate und Kartelle.

Soweit die Preisbindungen des Markenartikelverbandes in Frage kommen, so sind die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher an dieser Preispolitik unbeteiligt. Die — sowohl örtlich als auch zentral — stark ausgebaute genossenschaftliche Eigenproduktion schützt die in den Konsumgenossenschaften vereinigten Verbraucher vor der Preiswillkür solcher Machthaber. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine die Erzeugnisse der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine — GEG — bevorzugen, um so mehr wird der Machtbereich des Markenartikelverbandes eingeengt.

Der weitere Preisabbau in den Konsumvereinen wird außerordentlich stark gehemmt durch die den einzelnen Handelsunternehmungen mit über 1 Million Reichsmark Umsatz auferlegten Sonderumsatzsteuer von 0,5 v. H. Schon bei einer mittleren Genossenschaft von zehn Millionen Reichsmark Umsatz beträgt diese Sonderbelastung 50 000 Mark. Mit dieser Summe könnte schon eine nennenswerte Preissenkung durchgeführt werden. Die Sonderumsatzsteuer ist eine Erfindung der „Wirtschafts“partei. Diese Sonderbelastung für die Konsumgenossenschaften muß fallen! Die Konsumvereine wären sofort bereit, die bisherigen Aufwendungen für diese Steuer zu weiteren Preissenkungen zu verwenden.

Wenn trotz der den weiteren Ausbau der Konsumvereine erschwerenden gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen die Verbraucherorganisationen führend im Preisabbau gewesen sind und sich diese Führung weiterhin bewahren wollen, so beweist das ihre Leistungsfähigkeit, bedingt durch die guten organisatorischen Einrichtungen und die Ueberzeugungstreue ihrer Mitglieder. Mit der Erweiterung eines solchen Mitgliederstammes steigen die Umsätze und vermehren sich die Vorteile aus der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung.

Für jeden Arbeitnehmer sollte der Ausgleich für sein durch Lohn- und Gehaltskürzung gemindertes Einkommen die restlose Bedarfsdeckung auf genossenschaftlicher Grundlage bilden. Alle Gewerkschafter müssen auch Mitglieder des Konsumvereins sein und durch eifrige Erfüllung mit dazu beitragen, daß die Schäden einer planlosen kapitalistischen Wirtschaftsweise allmählich beseitigt werden.

Dividendensegen und Wirtschaftskrise

Die Unternehmer behaupten, daß sie am Rande des Ruins angelangt seien. Ihre Betriebe seien am Zusammenbrechen, sie selbst hätten kaum noch zu leben. Ueberprüft man die vom Statistischen Reichsamt jetzt bekanntgegebenen Abschlüsse deutscher Aktiengesellschaften zwischen dem 1. Januar und 31. März 1930, wo die Wirtschaftskrise bereits einen katastrophalen Stand angenommen hatte, dann kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis. Im Vergleich zum Vorjahre ist sowohl die Durchschnittsdividende wie die ausgeschüttete Gesamtdividendensumme bedeutend gestiegen. So erhöhte sich die Durchschnittsdividende von 7,48 auf 7,82 Prozent, und die Gesamtdividendensumme stieg von 106,5 Millionen Mark auf 111,5 Millionen Mark. Das läßt nicht darauf schließen, daß die Unternehmer kein Geschäft machen. Vielmehr muß man zu der Feststellung kommen, daß trotz der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage der Profit nicht geschmälert worden ist. Auch das Nominalkapital ist um rund 8 Millionen und die Anlagewerte sind um 69 Millionen Mark gestiegen.

Bei der Industrie der Grundstoffe ist die verteilte Gesamtdividende von 47,3 auf 47,7 Millionen Mark, die Durchschnittsdividende von 7,53 auf 8,05 Prozent gestiegen. Bei der verarbeitenden Industrie erhöhte sich die Gesamtdividendensumme nicht, dagegen aber ganz erheblich bei den anderen Gewerbegruppen und im Warenhandel. Auf jeden Fall läßt sich als Ergebnis feststellen, daß die Unternehmer gut verdient haben. Auch hieran zeigt sich wieder, daß das Unternehmertum auch an dem wirtschaftlichen Niedergang noch verdiente. Während Millionen hungern und darben, verzweifelt und frierend durch die Straßen gehen, scheffeln die Unternehmer die Gewinne ein. Mit Recht wird deshalb oft gesagt, daß solche Krisen dem Unternehmertum manchmal ganz willkommen sind. Es verdient an dem Auf- und Abstieg der Konjunkturen, es verdient auch, wenn die Arbeitslosigkeit ins Unermeßliche steigt.

E. N.

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Aus der praktischen Verbandsarbeit

Von einem langjährigen und bekannten Zahlstellenkassierer erhält die Redaktion nachstehende Schilderung aus der Praxis, die besser als alles andere eine Werbung für den Organisationsgedanken darstellt. Wenn dieses kleine wahre Geschichtchen unseren Kollegen und deren Frauen erst nach Weihnachten zur Kenntnis gebracht werden kann, so deshalb, weil der Zahlstellenkassierer es erst in der Woche vor dem Fest erlebte. Also:

Der Kollege Philipp war, wie auch andere Kollegen, am 13. Dezember zu mir gekommen, seine Sonderunterstützung zu holen. 16 Wochen war er krank und seit 16. Dezember 1929 insgesamt 21 Wochen arbeitslos. „Ja, Philipp," sagte ich nach Prüfung der Stempelkarte und Krankheitsbescheinigung, „39 Wochen müssen es zusammen sein, du hast aber nur 37 Wochen bis heute." „Lieber H.," meinte Philipp darauf betrübt, „ist denn da gar nichts zu machen? Meine Frau möchte doch gar zu gerne für die Kinder (drei hat er) ein bißchen Weihnachts-Zuckerzeug backen, damit wenigstens für die Kinder etwas da ist am Weihnachtsabend. Ich bekomme nur 20 Mark die Woche an Unterstützung, davon geht noch die Hausmiete ab mit 6 Mark, da bleibt mir wirklich nichts übrig. Dann gib mir doch jetzt schon den Gutschein für den Konsumverein, daß meine Frau damit das für die Kinder holen kann." — Unsere Zahlstelle gibt je nach Dauer der Arbeitslosigkeit und Versammlungsbesuch Gutscheine für Waren im Betrag von 5 Mark bis 10 Mark, zu holen im Konsumverein; auch die Invaliden erhalten dieses Weihnachtsgeschenk. — „Geht nicht, Philipp," mußte ich ihm antworten, „die Gutscheine gibt es erst am Samstag vor Weihnachten, du weißt ja, warum!" Ich ließ Freund Philipp noch ein bißchen zappeln, dann zeigte ich ihm die „Richtlinien" vom Verbandsvorstand und erklärte ihm, daß er die Sonderunterstützung doch erhalte, weil der Verbandsvorstand so weitsehend und weitherzig gewesen sei, diesen „Grenzfällen", wovon seiner einer sei, Rechnung zu tragen. Jetzt strahlte mein Kollege, als er 17 Mark ausbezahlt erhielt. 5 Stück Erwerbslosenmarken kamen in Abzug. „Gut, daß ich vorher meiner Frau nichts sagte," meinte Philipp, „wird die sich freuen, wenn ich das Geld bringe und sage ihr: Das ist vom Verband!" Wenn sie dann am Samstag noch den Gutschein erhält, dann wird es doch ein klein wenig Freude am Weihnachtsabend geben." Aber es kam noch mehr Ueberraschung für Philipp.

Beim Prüfen der Stempelkarten fiel mir auf, daß der Kollege nur die Krisenunterstützung erhielt. Das konnte nicht richtig sein! Ich sah mir nochmals das Verbandsbuch und die Stempelkarten an und sagte im ersten Impuls, weil Philipp staunte, was ich noch suche: „Philipp, du bist ein Kamel! Auch wenn du mir das übel nimmst, denn einen solchen ‚Bernhard' hätte mir das Arbeitsamt nicht ungestraft gemacht." Er war starr, als ich ihm den lieblichen Tiernamen gab, er wußte auch nicht warum. Nun gingen wir zusammen daran, festzustellen, wo und wie lange Kollege Philipp gearbeitet hatte, seit er im Februar 1929 erstmalig Arbeitslosenunterstützung bezog. Und siehe da: ich hatte recht! Philipp hatte, als er sich nach seiner Krankheit im September arbeitslos meldete, erneutes Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung gehabt, erhielt aber nur die Krisenunterstützung, die bekanntlich seit Ende November noch eine Klasse tiefer gesetzt wurde als vorher. Philipp erklärte mir, auch ihm sei das damals nicht richtig vorgekommen. Er hätte sich nach der Prüfungsstelle am Arbeitsamt die Füße platt gelaufen um Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Es sei ihm zu guterletzt erklärt worden, er könne nur Krisenunterstützung erhalten nach der Notverordnung vom Juli. Philipp gab das Rennen auf und beruhigte sich mit der falschen Belehrung. Wie ich nun ausrechnete, was er an Nachzahlung und laufender Unterstützung an seinem nächsten Zahltage erhalte, und 100 Mark nannte, die ihm auf einmal ausbezahlt werden müßten, da war Philipp platt und sagte zweifelnd: „Das darf ich meiner Frau erst sagen, wenn ich ihr tatsächlich dabei das viele Geld hinlegen kann. Denn wenn ich ihr es heute schon sage und nachher wär es nicht so, dann könnte mir meine Frau womöglich krank werden zu Weihnachten." Philipp blieb im Zweifel, folgte aber doch meiner Weisung.

Am Montag früh sauste er los, um von sämtlichen Unternehmern, wo er seit Februar 1929 gearbeitet hatte, die Belege für geleistete Arbeitstage zu holen. Schon nach 11 Uhr kam er an. Weil ich selbst arbeitslos bin, traf er mich zu Hause, und nun wurden nochmals die Arbeitstage zusammengezählt und chronologisch zu Papier gebracht. Darunter noch der Vermerk, daß für alle angeführten Daten die Arbeitsbescheinigungen auf dem Arbeitsamt bei den Akten Philipps sein müßten. Das Ganze dann mit dem Zahlstellenstempel versehen, und noch vor 12 Uhr jagte ich den Kollegen, mit mündlichen Instruktionen zum Inspektor des Arbeitsamtes, mit dem ich schon öfter Unstimmigkeiten anderer Art geklärt hatte. Dort wurde schnellste Erledigung versprochen. Als wir beide, Philipp und ich, tags darauf am Dienstag gestempelt hatten, wurde zusammen nochmals beim Inspektor vorgesprochen. Diesmal hatte der Amtsschimmel schnellere Gangart gehabt, Philipp bekam noch am Vormittag an der Kasse 69 Mark Nachzahlung und am Donnerstag darauf, seinem regulären Zahltag, 30 Mark an laufender Unterstützung. Wie ich es also richtig voraussagte, Philipp konnte seiner Frau zirka 100 Mark in der Woche vor Weihnachten heimbringen. Das war doch ein wirklich überraschendes Weihnachtsgeschenk für die Familie unseres Kollegen geworden! Die sorgenbedrückten Gesichter der Eltern heiterten sich etwas auf und dadurch wurden auch die Kinder in frohere Weihnachtsstimmung versetzt. Sie fühlten es heraus, daß etwas geschehen sein müsse, um zuversichtlicher auf die Erfüllung ihrer kleinen Wünsche hoffen zu können. Diese wurden erfüllt, das ist sicher.

Daß das alles geschehen konnte, daran war unsere Sonderunterstützung schuld. Dadurch mußten die Stempelkarten usw. genau geprüft werden und dem Kollegen wurde sein gutes Recht. Wer dem Verband treu bleibt in Zeiten der Not, dem wird geholfen, soweit unsere Kräfte es vermögen! In diesem Sinne ist wohl auch der herzliche Händedruck zu deuten, den Philipp am Weihnachtsabend von seiner Frau bekam.

Personenkreis der Krisenfürsorge

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland hat die Arbeitnehmer der Natursteinindustrie durch Verordnung vom 13. November 1930 in seinem ganzen Dienstbereich zur Krisenunterstützung zugelassen. Den Angehörigen der Berufsgruppe 16 „Baugewerbe" und der Berufsart 23b Bauhilfsarbeiter darf die Krisenunterstützung in den Arbeitsamtsbezirken: Aalen, Baden-Baden, Bad Mergentheim, Balingen, Biberach, Bruchsal (für den Amtsbezirk Bretten), Freiburg, Hall, Heidenheim, Kehl, Konstanz, Lahr, Mosbach, Nagold, Offenburg, Pforzheim, Ravensburg, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Ulm, Villingen und Waldshut, in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern nur für die Zeit vom 1. Dezember 1930 bis 14. März 1931 gewährt werden. — Als Bauhilfsarbeiter sind allgemein solche Arbeiter anzusehen, die innerhalb der letzten 26 Wochen ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigung mehr als 13 Wochen als Bauarbeiter tätig waren. — Unter die Berufsgruppe 16 bis 23b entfallen auch sämtliche Angehörige des Steinsetz- und Pflasterergewerbes, die demzufolge bis 14. März ebenfalls zur Krisenunterstützung zugelassen sind.

„Die Geschichte der Straße"

Kollege Knoll, der langjährige Vorsitzende des früheren Steinsetzer-Verbandes und Vorstandsmitglied des ADGB., der durch seine Verbandsgeschichte, darunter „Die Geschichte der Straße" einen Ruf über den engeren Kollegenkreis hinaus erlangt hat, hielt im Institut für Sozialforschung zu Frankfurt a. M. vor den Hörern der Akademie der Arbeit einen außerordentlich interessanten Vortrag aus der Geschichte der Straße.

Im Lichtbild führte der Redner seine Hörer zunächst nach Rom zu den berühmten Gräberstraßen, die heute noch zum Teil sehr gut erhalten sind. Doch die Römer waren nicht etwa die einzigen und auch nicht die ersten, die diese Kultform entwickelten. Auch in Griechenland kannte man in noch früheren Zeiten die Gräberstraßen. Verdiente Bürger wurden am Stadttor begraben, was als ganz besondere Ehre galt. In Aegypten entstand die Gräberstadt. Die Pyramiden sind Höchstleistungen dieses alten Gräberkultes. Aber auch in Tibet, China, ja selbst auch in Südamerika läßt sich noch heute der enge Zusammenhang zwischen Ahnenkult und Straßenwesen nachweisen. Die errichteten Grabdenkmäler zeigen heute noch den Weg, den die Völkerstämme einst nahmen, sie sind die steinernen Geschichtsbücher, die der Nachwelt Kunde von vergangenen Völkern geben. So läßt sich heute auch auf Grund dieser Funde in den verschiedensten Erdteilen die gleiche Entwicklung der Kultur nachweisen, sicherlich ein nicht zu unterschätzendes Merkmal, das für die Idee des bekannten Forschers und Schriftstellers Wegner spricht, daß die heute durch das Meer getrennten Kontinente einmal fest verbunden waren. — Im zweiten Teil betrachtete dann der Redner „den religiösen und charitativen Charakter des Straßenwesens". Schon in Griechenland wurden verschiedene Straßen zu Nationalheiligtümern erklärt, denn auf ihnen bewegten sich meist die Prozessionen zum Tempel. Durch Tempelgenossenschaften wurden diese Straßen bepflanzt und besonders ausgeschmückt. Reiche galten als besonders wohltätig, wenn sie Mittel zum Straßenbau stifteten, Arme dagegen legten einen Stein an den Hermen nieder, um so zum Straßenbau ihren Beitrag zu liefern, beides zum Dank an die Götter. — Einen besonders charitativen Charakter erhielt die Straße zur Zeit der Kreuzzüge. Um das Jahr 1000 entstand der Orden der Brückenbrüder. Dieser stellte es sich zur besonderen Aufgabe, Brücken und Wege zu bauen, sowie auch den Reisenden Schutz in jeder Art zu gewähren. Kirchliche Gelder flossen zu dieser Zeit noch dem Straßenbau zu. Es galt als ebenso verdienstvoll, Straßen zu bauen, wie Kirchen und Hospize zu errichten. Arbeit an der Straße war nach damaliger Ansicht ein gottgefälliges Werk. Durch Stiftung eines Geldbetrages konnte in der weiteren Entwicklung auch ein besonderer Ablaß erworben werden. — Drei große Stadien der Entwicklung brachten dann das Ende der engen Verbindung von Straße und Religion bzw. Charitas, so die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Zentralisierung der Staatsgewalt und die Reformation. Heute beherrscht der Gedanke der Gemeinnützigkeit das Straßenwesen. — Zum Schluß seiner Ausführungen, die dem Zuhörer auch einen Einblick in die weitgehende Forschungsarbeit gegeben hatten, zeigte der Referent noch einige Lichtbilder, die die besondere Kunst des Pflasterns dem Laien näher brachten. Reicher Beifall dankte dem Redner, der sicherlich manchem das heute so alltägliche Selbstverständliche auch wieder einmal ins volle Bewußtsein gerufen hat: Die Straße! Somit hatte der Vortrag seinen doppelten Wert.

Jä.

Würzburg. Ueber den Lohnabbau bei der Dombauhütte Würzburg bestehen vielfach Unklarheiten. Der Hüttenmeister behauptet, die Organisation hätte ihre Zustimmung zum Abbau erteilt, was aber eine Unwahrheit ist. Wir sind deshalb gezwungen, den Kollegen folgende Klarstellung zu unterbreiten:

Folgende Bekanntmachung des Hüttenmeisters Kohler wurde unserem Verbandsvertreter in Würzburg zugeleitet:

„Die Stundenlöhne für Steinmetzen an der Dombauhütte in Würzburg betragen ab 13. Juni 1930 pro Stunde 1,25 Mark. Zu diesem Lohn erhalten die Werkstattsteinmetzen 5 Pfennig Leistungszulage pro Stunde. Die Steinmetzen, die am Turm mit Versetzarbeiten beschäftigt sind bzw. werden, erhalten eine Leistungszulage von 15 Pfennig pro Stunde auf 1,25 Mark Steinmetzlohn. Urlaub wie bisher ohne Rückwirkung.

Würzburg, den 12. Juni 1930. J. S. Kohler."

Unsere Würzburger Bezirksleitung stellt dazu fest: Der Tariflohn für Steinmetzen an der Dombauhütte beträgt 1,40 Mark. Einen Unterschied in der Entlohnung zwischen Werkstatt- und Versetzarbeitern gibt es nicht, und zwar auf Grund einer Regelung, die mit dem Landbauamt Würzburg am 21. Oktober 1927 festgelegt wurde. Die Verbandsvertretung hat auf Grund obiger Bekanntmachung Verhandlungen mit dem Hüttenmeister gepflogen und zur Herabsetzung der Tariflöhne ihre Einwilligung nicht erteilt. Durch die am 28. August 1930 erfolgte Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers Stegerwald haben die Tariflöhne weitere Gültigkeit erhalten **bis 31. März 1931.**

Ebenso liegt bei der Urlaubsgewährung ein tariflicher Verstoß vor gegen Position 66, da als Stichtag der Einstellungstermin gilt.

Der Hüttenmeister S. Kohler, der jetzt in der Dombauhütte, anscheinend mit Genehmigung von weiter oben, den Diktator herausteckt, war früher Mitglied unseres Verbandes als Steinbildhauer. Als Verbandsmitglied wurde ihm von der Bezirkszahlstelle einmal aus dem Druck geholfen durch ein zinsloses Darlehen. Das und anderes scheint er vollkommen vergessen zu haben. Neuerdings hat er die Bekanntmachung herausgegeben, daß freigewerkschaftliche Steinmetzen am Dombau nicht mehr beschäftigt werden. Diese Aktion richtet sich natürlich gegen unseren Verband. Es muß sehr schlimm um einen Charakter stehen, der jetzt verurteilt und bekämpft, was er früher ausgenutzt hat. Dieser Vorstoß wird natürlich im Gegenstoß örtlich von uns ausgefochten, aber es schadet durchaus nichts, wenn auch andere Kollegen in Deutschland erfahren, was der frühere Kollege und jetzige Hüttenmeister Severin Kohler für ein tüchtiger Mann und Diktator ist.

Allen Kollegen des Bezirks diene ferner zur Kenntnis, daß nachstehende wankelmütigen Gestalten Opfer des Hüttenmeisters Kohler geworden sind und zum christlichen Verband übertraten:

Andr. Emmerling (Versbach), Ignaz Haas (Randersacker), Adolf Schott (Maidbronn), M. Fehrer (Theilheim), Kaspar Glücker und Andres Pleinert (Würzburg).

Wir ersuchen unsere Kollegen, diesen Fahnenflüchtigen die verdiente Sympathie entgegenzubringen. Dem Landbauamt Würzburg zollen wir besonderen Dank für die Rückgratstärkung, die es seinem Hüttenmeister bei der 3. Verhandlung am Arbeitsgericht zuteil werden ließ, wir werden aber den Beweis erbringen, daß die erfolgte Zustimmung eine bewußte Verdrehung der Tatsachen ist, worüber wir uns an anderer Stelle noch unterhalten werden.

Bernburg. Versammlung am 14. Dezember 1930 in Plötzkau. Auf der Tagesordnung standen: 1. Bericht über Tarifstreitigkeiten. 2. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte Kollege Böttcher bekannt, daß eigentlich in Besedau eine Bezirksversammlung stattfinden sollte, aber da die Versammlung in Plötzkau zuerst angesetzt war, fand diese statt. Der Gauleiter, Kollege Gähre, schilderte eingehend den Verlauf der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Nach einer sehr regen Aussprache wurde der Gauleiter beauftragt, sich unter keinen Umständen auf einen Lohnabbau einzulassen. Im Punkt Verschiedenes wurde die Ueberarbeit im Betrieb Fischer und der Artikel in der „Tribüne" scharf unter die Lupe genommen, wobei der Artikelschreiber ziemlich schlecht abschnitt. Nachdem Kollege Böttcher bekanntgemacht hatte, daß am 11. Januar um 10 Uhr die Generalversammlung in Bernburg stattfindet, wozu der Kollege Winckler vom Verbandsvorstand erscheint und an der jeder Kollege teilnehmen muß, war Schluß der Versammlung.

Detzeln. Am 7. Dezember fand eine Versammlung in Raßbach statt, sie hatte sich in der Hauptsache mit dem beabsichtigten Lohnabbau im Staatlichen Porphyrwerk Detzeln zu beschäftigen. Vorerst wurde der Kollege L. Backes zum Schriftführer gewählt. Ueber den geplanten Lohnabbau fand eine ausgiebige Debatte statt, nachdem der Bericht von den Verhandlungen mit dem Oberbaurat Herrn Dr. Feldmann erstattet war. Gauleiter Sarfert war bei den Verhandlungen zugegen. Der Oberbaurat vertrat den Standpunkt: Entweder den Lohnabbau von 20 bis 25 Prozent oder Kündigung. Die Versammlung bedauerte in der Aussprache, daß es im Betriebe außer den Unorganisierten noch verschiedene Kriecher, sogenannte „Wasserträger" gibt, die für die jetzigen Vorgänge die Verantwortung tragen. Am 14. Dezember hat nun, nach den gescheiterten Verhandlungen, jeder Arbeiter ein Schreiben erhalten, woraus zu entnehmen ist, daß die neuen Lohnsätze im Büro einzusehen sind, dem sie nicht zusagen, für den ist am 31. Dezember 1930 das Arbeitsverhältnis gelöst. Diese Diktatur in einem staatlichen Betriebe kann nicht so hingenommen werden, es wird ein harter Kampf werden; auch scheint es angebracht, den höheren Verwaltungsstellen in Karlsruhe über die Zustände auf dem Werk Bericht zu geben. Der Arbeitsverdienst stellt sich bei einigen Ueberstundenschiebern um 600—1000 Mark im Jahre höher als bei anderen Arbeitern. Jedenfalls will man auch hier den Verband ausrotten und hat deshalb dem Zahlstellenvorsitzenden gekündigt. Etwa hierzureisende fremde Arbeiter haben sich immer wieder schnell verdrückt, weil sie sich die Behandlung nicht gefallen lassen wollen. Ueber den weiteren Verlauf wird noch Bericht gegeben.

Köslin. Am 16. November fand in Köslin eine Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren 8 Zahlstellen. 2 Zahlstellen hatten keinen Delegierten entsandt. Als Schriftführer wurde der Kollege Leo Jaskülke gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Wahl des Bezirksobmannes, 3. Bericht des Gauleiters zur Lage im Bezirk, 4. Wahl der Lohnkommission, 5. Verschiedenes. — Den Jahresbericht gab der Bezirksleiter, Kollege Czaja (Lauenburg). Der Kassenbestand betrug am Schlusse des 3. Quartals 720,16 Mark. Trotz der steten Abwanderung von Kollegen hat sich der Mitgliederbestand auf ziemlich der gleichen Linie wie im Vorjahre gehalten. Der Regierungsbezirk Köslin umfaßt 10 Zahlstellen. Die Zahlstelle Tempelburg wurde im Februar 1930 gegründet. Versammlungen wurden insgesamt 7 abgehalten. Eine Bildungsveranstaltung über das Betriebsrätegesetz in Neustettin. Die Steinsetzer-Innung Reg.-Bez. Köslin hat den bestehenden Bezirkstarifvertrag gekündigt und zwar will man auch hier einen Lohnabbau herbeiführen. Die Stundenlöhne der Gesellen betragen 1,42 Mark, für Rammer 1,28 Mark. Die Innung gibt in einem Schreiben bekannt, daß sie gewillt ist, ab 1. Januar 1931 an die Gesellen einen Stundenlohn von 1,10 Mark und für Rammer 30 Prozent unter dem jeweiligen Stundenlohn der Gesellen zu zahlen. Da taucht nun zweifellos die Frage an die Steinsetzer, Rammer und Steinschläger auf, wie dieser Schlag auf den Magen abgewehrt werden kann. Unter anderem führte der Kollege Czaja aus, daß es unbedingt notwendig ist, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann für den Verband gewonnen ist. Die Steinsetzer und Rammer stehen bereits geschlossen zu unserem Verbande, sie sind nicht gewillt, einem Lohnabbau zuzustimmen. — Bei der Wahl des Bezirksleiters wurde der Kollege Josef Czaja einstimmig wiedergewählt. — Dann schilderte der Gauleiter Kollege Taege die schwierigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der pommerschen Landkreise Reg.-Bez. Köslin über die Akkordlöhne der Steinschläger. Nach langem Hin und Her ist es doch so weit, daß in Kürze eine Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband der pommerschen Landkreise stattfinden wird, ohne daß der Schlichter angerufen werden muß. Die Delegierten sind sich darüber einig, daß eine freie Verhandlung für die Steinschläger günstiger ist. Der Gauleiter soll die Verhandlungen in seinem Sinne weiterführen. Besonders machte Kollege Taege auf die Frauen- und Kinderarbeit aufmerksam. — Bei der Wahl der Lohnkommission wurden die Kollegen Kautz (Kolberg), Herzog (Stolp), Greinke (Schlawe), Priebe (Köslin) und Ehlert (Schivelbein) gewählt, für die Lohnkommission der Steinschläger wurde Kollege Wend (Lauenburg) zugewählt. Kollege Czaja gilt als Vorsitzender der Lohnkommission. — Kollege Kerlin (Schlawe) hat einen schweren Unfall erlitten, deshalb wurden ihm auf Antrag 20 Mark aus der Bezirkskasse bewilligt. — Der Antrag der Zahlstelle Kolberg, das Bezirksgeld abzuändern und zwar sollte jedes arbeitende Mitglied 50 Pfennig und für das erwerbslose Mitglied 25 Pfennig den Monat zahlen, wurde abgelehnt. Dasselbe Schicksal erfuhr ein Antrag des Kollegen Czaja. Beschlossen wurde, es beim alten zu lassen. Nach einem kurzen Schlußwort des Bezirksleiters fand die Bezirkskonferenz ihren Abschluß.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau: In **Dobrilugk** versucht der Inhaber des Schleifereibetriebes, Herr Koppe, durch Androhung der Entlassung die Belegschaft zu einer dem Tarif widersprechenden Vereinbarung zu zwingen. — Von dort fernbleiben!

7. Gau: In **Niederlamitz** bei der Firma Andreas Reul A.-G. Differenzen erledigt.

Gaubezirk IV und X (Steinsetzer). Die Vereinbarung vom 20. Oktober 1930 über Wiederinkrafttreten des Bezirkstarifvertrages für das Steinsetzergewerbe Mitteldeutschlands, nebst seinen Nachträgen ist mit Wirkung ab 1. Dezember 1930 allgemeinverbindlich erklärt worden und damit für sämtliche Steinsetzerbetriebe Mitteldeutschlands maßgebend und bindend.

*

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht versäumt werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatlichen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

*

Zur Beachtung: Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im **Zwischenraum** von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, **sonst unterbleibt** die weitere Bekanntmachung.

Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter. Von Alex. Knoll. Band I, II, III. Pro Band 10 Mk., für Verbandsmitglieder 8 Mk.

Der alten Steinmetzen Recht und Gewohnheiten. Von Rud. Wissel. Preis 2.50 Mk., für Verbandsmitglieder 1.50 Mk. Zu beziehen vom „Steinarbeiter"-Verlag, Leipzig.

Rundschau

Straßenbau-Tagung auf der Leipziger Messe. Wie bei früheren Messeveranstaltungen findet auch im Zusammenhange mit der Leipziger Frühjahrsmesse vom 5. bis 7. März 1931 eine Straßenbau-Tagung statt Sie steht unter der Leitung des Geh. Reg.-Rats Prof. Dr.-Ing. Brix und des Ministerialrats Dr.-Ing. Speck. Beabsichtigt ist die Vorführung von Straßenbaumaschinen auf dem Messegelände, die Besichtigung der Baumesse und der technischen Messe, sowie die Besichtigung von Straßen und Brücken innerhalb und außerhalb der Stadt, mit Aussprache über das Ergebnis der Besichtigung. Außerdem werden Vorträge über die technische Weiterentwicklung des Straßenbaues gehalten, so z. B. über Beton-, Stein-, Teer- und Asphalt-Straßen, sowie vornehmlich über Brücken, schließlich auch über Haftungsprobleme nach der juristischen und technischen Seite.

Nähere Auskunft gibt das Leipziger Messeamt, Leipzig C 1, Markt 4.

Der Aufbau der kommunistischen Gewerkschaftsverbände. Auf gewerkschaftlichem Gebiete entfalten die Kommunisten seit längerer Zeit eine außerordentlich rege Tätigkeit. Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, bekannt unter dem Namen RGO, soll erheblich weiter ausgebaut werden. Es scheint, als wollte man hier den Grundstock für eine kommunistische Gewerkschaftsbewegung schaffen. Die jetzt neu beschlossenen Richtlinien der RGO enthalten alles, was zu einer gründlichen Unterminierarbeit der Gewerkschaftsbewegung notwendig ist.

Nach dem Metallarbeiterkampf ist man bekanntlich dazu übergegangen, einen Einheitsverband der Metallarbeiter ins Leben zu rufen. Die Organisationsgrundsätze und Richtlinien dieses Verbandes umfassen nur 9 Paragraphen. Er soll sich aufbauen nach „Grundsätzen" eines revolutionären Industrieverbandes. In den Richtlinien wird extra betont, daß sich diese Konkurrenzorganisation von den „reformistischen" Gewerkschaften unterscheidet. Die sonstigen Phrasen über die Grundsätze sind außerordentlich dürftig. Als Organe des Verbandes werden bezeichnet: Betriebssektion, Stempelstellensektion, Bezirksleitungen, Gruppen- und Konzernleitungen, die Generalversammlung und der Vorstand. Der Vorstand erhält sein Mandat von der Generalversammlung. Es ist also mit dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Massen nicht weit her. Selbstverständlich muß auch eine kommunistische Organisation Beiträge erheben. Diese sind aber außerordentlich niedrig, was naturgemäß ohne weiteres zu erwarten war. Die Beiträge betragen von 10 Pfennig bis 80 Pfennig. Letzterer Beitragssatz gilt für Facharbeiter. Man spekuliert also von vornherein auf die beitragsscheuen Elemente innerhalb der Arbeiterschaft. Wozu diese Beiträge verwandt werden sollen, wird nicht näher auseinandergesetzt. Es wird nur unter der Rubrik Unterstützungen gesagt: „Die Mitgliederbeiträge dienen der Schaffung eines Streikfonds. Darum werden nur Streik- und Maßregelungsunterstützungen gezahlt." Als Beitragskassierer sollen nur „besonders vertrauenswürdige Arbeiter" ausgesucht werden, die der Bestätigung des Vorstandes unterliegen. Ueberdies hat man Kontrollkommissionen vorgesehen, die die Kassenführung der Kassierer und Unterkassierer periodisch kontrollieren sollen. So hat man von vornherein einen Schutzwall errichtet, damit nicht einmal ein Kassierer durch die Lappen gehen soll. Soziale Unterstützungen sollen nicht gezahlt werden. Bei den Gewerkschaften machen sie jetzt den größten Ausgabeposten aus. Das Elend würde zum Himmel schreien, wenn die organisierten Arbeitslosen nur auf die staatlichen Unterstützungen angewiesen seien.

Es ist bedauernswert, daß in einer Zeit, wo die Zusammenfassung der Kräfte dringend notwendig wäre, neue Zersplitterungsmöglichkeiten geschaffen werden. Aber schließlich ist gegen die kommunistische Wühlarbeit vorerst kein Kraut gewachsen. Sie müssen sich erst einmal die Finger verbrennen. Wir zweifeln nicht daran, daß es den Phrasenern gelingt, eine bestimmte Anzahl Proselyten zu machen. Aber wir zweifeln daran, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht anerkennen sollte, welches verräterische Spiel hier getrieben wird. Es ist ein furchtbarer Gedanke: die Unternehmer sind lückenlos organisiert — auf Arbeiterseite neben einer großen Anzahl Unorganisierter ein halbes Dutzend Organisationsrichtungen! Wahrlich, die Gegner im eigenen Lager sind viel gefährlicher als die Feinde jenseits der Front.

24 Milliarden öffentliche Verschuldungen. In den letzten Jahren ist die öffentliche Verschuldung sehr gewachsen. Reich, Länder und Gemeinden hatten am Jahresschluß 1929 eine Gesamtschuldenlast von 24 Milliarden Mark. Das ist eine gewaltige Summe angesichts der Tatsache, daß die Inflation die öffentlichen Körperschaften fast vollständig von der Schuldenlast befreit hatte. Trotzdem ist die Verschuldung der Vorkriegszeit noch nicht erreicht. Im Jahre 1914 betrug sie 32,6 Milliarden Mark. Fast ein Drittel aller Schulden entfällt auf aufgewertete Vorkriegsverbindlichkeiten und Festwertschulden aus der Inflationszeit. Doch wächst die Neuverschuldung von Jahr zu Jahr mehr an. Früher waren die Einzelländer die größten Schuldner mit 51,7 v. H., dann folgten die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 33,2 v. H. und schließlich das Reich mit 5,1 v. H. Heute ist das Reich der weitaus größte öffentliche Schuldner; es folgen die Gemeinden und schließlich die Länder. Die Reichsschuld ist doppelt so hoch als im letzten Vorkriegsjahr. Ein erheblicher Teil davon entfällt auf die inneren und äußeren Kriegslasten. Soweit die Verwendung des öffentlichen Kredits in Frage kommt, so wurden von der Neuverschuldung verwandt: 25 v. H. für den Verkehr, 23 v. H. für Wohnungs- und Siedlungswesen, 15 v. H. für die Versorgungsbetriebe, 8 v. H. für sonstige Betriebe, 9 v. H. für die Vermögensverwaltung, 6 v. H. für Wohlfahrtswesen usw.

Die Sorge um den Arbeitsplatz vermindert die Krankheitsziffern. In der schwerindustriellen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 7. Dezember befindet sich ein Artikel eines Arztes über die Notverordnung und ihre Auswirkung in der Krankenversicherung. Darin befinden sich Aeußerungen, die wir an dieser Stelle nicht zu finden hofften. Wir geben aus dem Artikel folgende Stelle ohne Zusatz wieder, da sie für sich selbst spricht: „Berechtigtere Zweifel muß man in die Vermutung setzen, daß durch die Einführung der Krankenschein- und Apothekengebühren die Zahl der Krankfeiernden, also der arbeitsunfähig Erkrankten, herabgedrückt würde. Selbst wenn man annehmen wollte, daß ein erheblicher Hundertsatz der Krankfeiernden als Drückeberger zu betrachten wäre, so kann man ohne weiteres überzeugt sein, daß gerade diese Herren im Gegensatz zu manchem wirklich kranken, aber armen oder verschüchterten Menschen bei der Geltendmachung ihrer berechtigten oder unberechtigten Ansprüche über 50 Reichspfennig nicht stolpern werden. Eine etwa zu beobachtende Abnahme der Krankfeiernden muß daher andere Gründe haben. Als wichtigste Ursache sind hier die augenblicklich herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse anzusprechen. Es ist eine allen Kassenärzten geläufige Tatsache, daß die Sorge, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, heute, wo alles im Zeichen des Abbaues steht, zahlreiche Erkrankte davon abhält, einen Krankenschein zu nehmen. Leute, die mit wochenlang anhaltenden Temperaturerhöhungen oder mit abgequetschten Fingergliedern gegen ärztlichen Rat ihre Arbeit weiter verrichten, sind keine Seltenheit. So arbeitet mancher heute bis zum völligen Zusammenbruch, womit weder ihm noch der Volksgesamtheit gedient ist."

Adressenänderungen

2. Gau: **Schadewalde.** Kass.: Fritz Maiwald, Schwerta Nr. 41, Post Greiffenberg-Land.

5. Gau: **Oberhausen.** Vors.: August Diederich, Bogenstr. 57, I. Kass.: Bernhard Sommer, Oberhausen-Alstaden, Flügelstraße 4, I.

Wer bietet das meiste? Kürzlich befand sich in einer Fachzeitschrift für das Versicherungswesen folgendes Inserat:

„Wegen Erbauseinandersetzung ist die Majorität (51 Prozent) einer gut prosperierenden deutschen

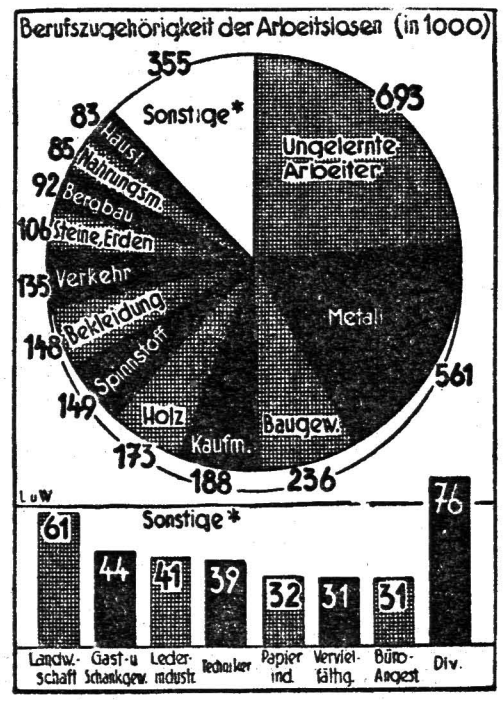
Versicherungs-Aktiengesellschaft zu verkaufen.

Es handelt sich um eine Sachversicherungsgesellschaft, welche auf ihrem speziellen Gebiet beste Erfolge aufweist, guten Ruf genießt und über einen sehr umfangreichen, soliden Geschäftsbestand und eine ausgedehnte, bestqualifizierte und rührige Organisation verfügt. — Verhandlungen werden nur aufgenommen mit offensichtlich ernsten Interessenten (Horcher zwecklos!), welche in der Lage sind, ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen. — Unbedingte Verschwiegenheit wird verlangt und zugesichert. — Angebote unter I. I 3325 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW 100."

Ein typisches Zeichen unserer Zeit! Es bleibt sich gleich, ob es sich um den Besitz einer Aktienmehrheit eines industriellen Unternehmens oder einer Versicherungsaktiengesellschaft handelt. Das Schicksal der Versicherten spielt in diesem Falle keine Rolle. Aber — Horcher sind zwecklos!

Die Berufszugehörigkeit der Arbeitslosen

Schon mancher wird sich gefragt haben, welche Berufe am meisten die täglich sich wiederholenden stummen Demonstrationszüge nach den Arbeitsämtern verstärken. Das dieser Notiz beigegebene Schaubild soll über die Berufszugehörigkeit der Erwerbslosen Auskunft geben. Das Schaubild berücksichtigt die Verhältnisse Ende Oktober 1930, wo 3,2 Millionen Arbeitsuchende vorhanden waren. Die ungelernten Arbeiter stellten davon ungefähr ein Viertel. Daraus kann man bereits ersehen, daß die Wirtschaftszweige, die viele ungelernte Arbeiter beschäftigen, am meisten danieder lagen. Die Metallindustrie hat den größten Anteil an den Erwerbslosen.



Diese Industrie macht überhaupt eine schwere strukturelle Krise durch. Schon lange vor dem Kriege gehört die Eisen-, Stahl- und Metallindustrie zu den Industriezweigen, die durch die Gunst der Verhältnisse und durch künstliche Maßnahmen am meisten gefördert wurden. Der Krieg hat ebenfalls zu einer Aufblähung der Metallindustrie beigetragen. Das hier einmal ein Rückschlag eintreten mußte, war ohne weiteres vorauszusehen. Deshalb wird die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie einen großen Umfang auch dann noch einnehmen, wenn die Verhältnisse im allgemeinen besser geworden sind. Das Schaubild spricht im übrigen für sich selbst. Die außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist aus den bekannten Ursachen zu erklären. Die hohe Arbeitslosigkeit in unseren Berufen wird in dem Schaubild ebenfalls deutlich zum Ausdruck gebracht. Bei den kaufmännischen Angestellten ist der Anteil der weiblichen Angestellten beachtlich. Ende Oktober waren bei den Arbeitsnachweisen 75 000 weibliche Angestellte gemeldet. Die große Zahl der weiblichen Erwerbslosen drückt sich auch in den 83 000 Erwerbslosen aus, die aus häuslichen Diensten stammen.

Die russische Dumpingausfuhr. Rußland ist mit Ausfuhrprodukten in der letzten Zeit mit verstärkter Wucht auf den Auslandsmärkten erschienen. Der Verkauf russischer Waren wird in einer Weise vorgenommen, die teilweise an eine Verschleuderung grenzt. Besonders trat dies bei den Produkten der Forst- und Holzwirtschaft zutage. Soweit Deutschland in Frage kommt, so ist ein Rückgang der deutschen Gesamteinfuhr nach Rußland von nahezu 10 v. H. gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Demgegenüber ist die Einfuhr aus Rußland, gemessen an den Ziffern des Vorjahres, um 10 v. H., und gegenüber 1928 um 20 v. H. gestiegen. War früher die Handelsbilanz mit Rußland für Deutschland aktiv, so ist sie jetzt passiv geworden. In der Zeit von Januar bis September 1930 stellt sich die Einfuhr auf 293 Millionen Mark. Die Dumpingausfuhr russischer Produkte ist aus dem starken Devisenhunger Sowjetrußlands zu erklären. Auf die Dauer können sich die Staaten eine derartige Schleuderkonkurrenz nicht gefallen lassen.

Stärkere Kohlenpreissenkung. Die Reichsregierung hatte den Ruhrkohlenbergbau dafür zu gewinnen versucht, die Kohlenpreise um 6 v. H. zu senken. Der Bergbau hatte eine solche Zusage gegeben. Nunmehr hat das Ruhrkohlensyndikat beschlossen, ab 1. Dezember eine Preissenkung von 8 bis 10 v. H. eintreten zu lassen. Man ist also über den ursprünglich angenommenen Satz hinausgegangen. Dies ist wohl auf die heftige Kritik der Presse zurückzuführen. In der Oeffentlichkeit wurden lebhafte Bedenken dagegen erhoben, daß die Senkung der Kohlenpreise auf 6 v. H. beschränkt bleiben soll. Es ist zu begrüßen, daß das Syndikat in eine stärkere Preissenkung eingewilligt hat. Die Maßnahme wurde allerdings getroffen „unter der Voraussetzung, daß vom 1. Januar 1931 ab eine entsprechende Senkung der Löhne durchgeführt wird". Es müßte dafür gesorgt werden, die Kohlenpreissenkung nicht etwa in eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter auswirken zu lassen. Wenn mehr als 10 Millionen Tonnen Kohlen auf Halden geschüttet sind, dann ist ein Preisabbau sowieso unausbleiblich. Im Ruhrbergbau sind in diesem Jahre schon 80 000 Bergarbeiter entlassen worden. Seit 1922 ist die Beschäftigungszahl um rund 150 000 zurückgegangen. Die bevorstehenden sozialen Kämpfe im Bergbau werden außerordentlich hart sein. Der Bergarbeiterverband ist keineswegs geneigt, den Wünschen der Unternehmer Rechnung zu tragen. Das bedingt, daß es zu harten Auseinandersetzungen kommt. Vorerst begrüßen wir die Kohlenpreissenkung und wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß der letzte Verbraucher von dieser Maßnahme den entsprechenden Nutzen hat. Der derzeitige Reichsarbeitsminister hat ausgerechnet, daß, wenn sich die Kohlenpreissenkung im gesamten Querschnitt der Produktion durchsetzt, eine Ersparnis von 1,5 Milliarden Mark damit verbunden sein müßte. 8 bis 10 v. H. Preisermäßigung machen eine Entlastung der Produktion von 2 Milliarden aus. Eine Erleichterung der Wirtschaftslage kann somit von der Kohlenpreissenkung ausgehen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

Am 4. Januar in Potsdam um 10 Uhr im Volkshaus. In der Versammlung werden die alten Bücher abgenommen.

In Nauen um 10 Uhr bei Malinowski. Die alten Mitgliedsbücher werden abgenommen.

Am 5. Januar in Spandau um 19½ Uhr bei Höpfner, Pichelsdorfer Straße 5. Die alten Mitgliedsbücher werden abgenommen.

Am 11. Januar 1931 in Landsberg a. d. Warthe um 8½ Uhr bei Zimmermann, Friedeberger Straße 11.

Um 11 Uhr im gleichen Lokal Bezirkstag (Regierungsbez. Frankfurt a. d. Oder).

In Nürnberg II (Straßenbau) um 14 Uhr im Lokal Fickel, Jagdstraße.

In **Angerburg** um 10 Uhr bei A. Fischer im „Gardestern".

In Hirschberg um 14 Uhr im Lokal zur „Alten Hoffnung".

Am 16. Januar 1931 in Regensburg um 18 Uhr bei Fallermeier, Schildbrauerei, Stadtamhof.

Am 17. Januar in Schivelbein bei Herrn Marz, Waisenstraße 10.

*

Nürnberg II. Die Kollegen der Pflastererſektion für 1930, die volle Urlaubsentschädigung bis 1. Januar 1931 noch nicht erhalten haben, melden sich sofort beim Vorsitzenden Fürth i. B., Flurstraße 6.

*

Verlorene Mitgliedsausweise. In Oschersleben das Verbandsbuch Nr. 81 423. In Goldberg Nr. 100 040 für Fritz Hübner, Hilfsarbeiter.

Briefkasten

Mittelfranken 1000. 1. Bei einer durch frühere Entzündung empfindlich gebliebenen Lunge wirkt jeder Steinstaub schädlich, also auch der vom Lithographiestein. 2. Eine Nachfrage über etwaige Lungenerkrankungen der betreffenden Arbeiter bei der dortigen Krankenkasse würde dir Material geben. Bei uns sind besondere Unterlagen nicht vorhanden und 3. würde eine gründliche Untersuchung durch einen erfahrenen Arzt im nahen Sandsteingebiet (Maintal) dir Aufschluß geben und für deine Ansprüche wertvoll sein.

Bücher und Zeitschriften

Taschenbuch für den gesamten Straßen- und Wegebau für 1931, 22. Jahrgang. Verlag Bock u. Co., G. m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Straße 139. Preis 4,50 Mark.

Das Taschenbuch ist ein Abriß des gesamten Straßenbauwesens. Der erste Teil enthält, wie schon in den vorhergehenden Jahren, die allgemeinen Anforderungen. Der Hauptteil ist den neuzeitlichen Bauverfahren gewidmet, an die anschließend die Straßenbaumaschinen und der Verkehr behandelt werden. Außerdem enthält das Buch ein Kalendarium 1931 und anderes, was zu einem jährlich neu herauskommenden Taschenbuch gehört. Das Buch enthält vieles über den Straßenbau, nur ist es auffallend, daß dem über 1000 Jahre alten Steinpflaster nur 8 Seiten gewidmet werden, während allein die Asphaltstraßen auf 59, die Teerstraßen und die Betonstraßen auf je 28 Seiten besprochen werden. Auch der Straßenbau in Regie wird nach bekannter Melodie besammert; wenn das letztere auch referierend wiedergegeben wird, ist es dennoch mit Objektivität nicht vereinbar. Für den Straßenbauarbeiter ist das Taschenbuch zu teuer. Wir müssen darüber dasselbe sagen wie im Vorjahre. Denn in der großen Arbeitslosigkeit hat so leicht keiner unserer Kollegen vom Straßenbau für ein solches Taschenbuch 4,50 Mark übrig, obwohl es in praktischer Hinsicht viel Brauchbares bringt.

Der Unfallverhütungskalender 1931. Zum 5. Male gibt die Unfallverhütungsbild-GmbH. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften den Unfallverhütungskalender heraus, der in den letzten Jahren in annähernd 2 Millionen Exemplaren an die Arbeitnehmer verteilt wurde. Das schmucke kleine Heftchen, 64 Seiten stark, auf fast allen Seiten reich illustriert, in hübschem, farbigem Umschlag, enthält keine gelehrten Abhandlungen, sondern kurze prägnante Beispiele aus der Praxis des alltäglichen Arbeitslebens. So kann auch der Unfallverhütungskalender 1931 bei jedem Arbeiter und seiner Familie bleibenden Nutzen stiften.

Wie wichtig und erfolgreich berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung ist, beweist eine in dem Unfallkalender veröffentlichte Statistik: Im Jahre 1907 ereigneten sich bei rund 9 Millionen Versicherten und einer Kraftmaschinen-Leistungsfähigkeit von nur 10,3 Millionen Pferdestärken 15 892 Maschinenunfälle. — 1925 bei 10,85 Millionen Versicherten und insgesamt 36,5 Millionen Pferdestärken waren die Maschinenunfälle von 15 892 auf 11 850 gesunken! Nichts kann wohl eindringlicher den Erfolg der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung dokumentieren! Auch die Verbreitung des Unfallverhütungskalenders gehört mit zu den wichtigen und erfolgversprechenden Maßnahmen dieser Unfallverhütungspropaganda.

Wie alljährlich ist auch diesmal wieder ein Preisausschreiben in dem Kalender enthalten, für das 22 Preise im Gesamtwert von 1000 Mark ausgesetzt sind. Im vorigen Jahr erzielte das Kalenderpreisausschreiben des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften eine Rekordzahl von zum Teil recht wertvollen Einsendungen, von denen einige im diesjährigen Kalender veröffentlicht sind.

Es wäre von größter Bedeutung, wenn nicht nur wie bisher üblich die großen Werke diesen Unfallverhütungskalender an die Arbeiter kostenlos verteilten, sondern wenn mehr als bisher die mittleren, kleinen und kleinsten Betriebe dieses wertvolle Belehrungs- und Aufklärungsmaterial an ihre Arbeitnehmer abgäben. Gerade in diesen Betrieben ereignen sich sehr zahlreiche Unfälle, die bei nötiger Vorsorge vermeidbar wären. — Den Bezug des billigen Unfallverhütungskalenders vermittelt jede Berufsgenossenschaft oder direkt die gemeinnützige Unfallverhütungsbild-GmbH. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37 (Preis des Kalenders 15 Pfg.).

Anzeigen

Den bekannt guten u. bestbewährten **handgearbeit. Steinbruchschuh,** M **14.75** Reellste Beliefer. Hochw. Qualit.

Verlangen Sie Preisliste **Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg**

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postscheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckk. Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Lyck. Am 2. Dezember der Hilfsarbeiter Heinrich Fisch, 62 Jahre alt, 1 Jahr krank, Bauchgeschwulst.

Bautzen. Am 7. Dezember der Steinsetzer Otto Zieschang, 29 Jahre alt, tödlicher Sturz vom Fahrrad.

Gummersbach. Am 14. Dezember der Steinstößer Wilhelm Grote, 58 Jahre alt, Herzschlag.

Neumünster. Am 18. Dezember der Steinsetzer Otto Tietgen, 22 Jahre alt, 1½ Jahre krank, Lungentuberkulose.

Rostock. Am 19. Dezember der Schleifer Johann Doß, 68 Jahre alt, Herzschlag.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Zehnte Ausschußsitzung des ADGB

2. Verhandlungstag.

Das neunte Schuljahr.

Im weiteren Verlauf der Tagung des Bundesausschusses wurde die Frage des neunten Schuljahres behandelt, zu der der Bildungssekretär des ADGB., Kollege Heßler, folgende Ausführungen machte:

Die Frage der Erweiterung der Schulpflicht wurde aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bereits anläßlich der Wirtschaftskrise 1926/27 lebhaft erörtert. Für die neue Debatte war wiederum die Arbeitsmarktlage der Ausgangspunkt. Die preußische Staatsregierung hat der Reichsregierung Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingereicht, die auch eine Verlängerung der Schulpflicht vorsehen. Diese Vorlage erfordert auch eine Stellungnahme der Gewerkschaften.

In der vorgelegten Entschließung ist zunächst unsere grundsätzlich bejahende Auffassung von der Erweiterung der Schulpflicht eindeutig hervorgehoben worden. Für die Notwendigkeit, die Schulpflicht zu verlängern, sind in den letzten Jahren so viele gute Gründe ins Feld geführt worden, daß wenige Andeutungen genügen, um die Bedeutung dieser Forderung zu unterstreichen. Die Gewerkschaften treten aus Gründen des Jugendschutzes für diese Forderung ein. Auch der IGB. hat, da diese Frage in den wichtigen Kulturstaaten überall zur Diskussion steht, in sein Jugendschutzprogramm die Forderung aufgenommen: „Elementarschulpflicht bis zum Beginn der zulässigen Erwerbsarbeit". Eine längere Fernhaltung der Jugendlichen von der Erwerbstätigkeit wird dazu beitragen, daß sie ihre Berufsentscheidung mit größter Sicherheit treffen. Die Verlängerung der Schulpflicht bringt, wenn die Maßnahme im Hinblick auf den Lehrplan und die organisatorische Eingliederung des neunten Schuljahres in sachverständiger Weise vorbereitet wird, ganz allgemein eine bessere Durchbildung der Kinder der Arbeiterschaft mit sich. Das wird auch in England, wo die Frage zur Zeit einer Lösung entgegengeführt wird, mit größter Entschiedenheit hervorgehoben.

Der von der preußischen Regierung unterbreitete Vorschlag ist als Notmaßnahme gedacht. Sie soll nur für einen befristeten Zeitraum gelten und bis zum Jahre 1934 in Etappen wieder abgebaut werden. Die Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr soll „das Zuströmen von neuen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt in der jetzigen Notzeit verhindern". Etwa 250 000 Schulentlassene werden Arbeitsplätze in Anspruch nehmen. Die Fernhaltung dieser Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkte soll älteren Jugendlichen oder erwachsenen Arbeitnehmern Arbeit und Brot sichern. 1931 werden etwa 665 000 Jugendliche aus der Schule entlassen. Davon sind 240 000 Nicht-Erwerbstätige und Besucher höherer und mittlerer Schulen sowie Fachschulen; 160 000 erwerbstätige Jugendliche (also ein Drittel) werden in die Landwirtschaft und Gärtnereibetriebe gehen, für die die geplante Regelung nicht gelten soll. Nicht in jedem Falle wird der Unternehmer an Stelle der gering bezahlten Arbeitskräfte besser bezahlte ältere Jugendliche einstellen. Da ältere Arbeitskräfte mehr leisten, würde außerdem durch deren Einstellung die Kopfzahl der Beschäftigten eingeschränkt werden. Von den verbleibenden 250 000 dürfte also höchstens die Hälfte, etwa 125 000 als Ersatz aus anderen Altersklassen eingestellt werden. Welche Ersparnis ergeben sich unter dieser Annahme für die Reichsanstalt, die die Kosten übernehmen soll? Etwa zwei Drittel werden aus der Zahl der Nichtunterstützungsempfänger in Betracht kommen, da der Anteil der Nichtunterstützungsempfänger an der Gesamtzahl der Arbeitslosen etwa 50 bis 60 v. H. beträgt. Es blieben daher etwa 40 000, für die die Reichsanstalt die Unterstützung ersparen würde. Setzt man hierfür einen wöchentlichen Unterstützungssatz von 11 Mark an, so ergäbe sich eine Jahresersparnis von 23 Millionen Mark. Da das preußische Handelsministerium für die Durchführung seiner Maßnahme etwa 15 Millionen Mark rechnet, so könnte es mit dem entsprechenden Anteil auskommen. In diesem Beitrag ist aber die Wirtschaftsbeihilfe für die Eltern viel zu gering angesetzt. Nur 20 v. H. der Eltern soll eine Beihilfe erhalten mit einem Monatsbeitrag von 10 Mark. Würde man aber drei Fünftel der Eltern eine Beihilfe gewähren, so wäre allein schon ein Betrag von 12 Millionen Mark dafür erforderlich.

Es ist nicht recht verständlich, warum die Landwirtschaft ausgenommen worden ist. Gerade in der Landwirtschaft müßte alles getan werden, um das Bildungsniveau zu heben.

Die Forderung, daß das erweiterte Schuljahr in angemessenem Umfang auf die Berufsausbildung anzurechnen ist, setzt eine gewisse Bereitwilligkeit der Arbeitgeber voraus. Zweifellos könnte die Lehrzeit eine Verkürzung erfahren, da der Jugendliche körperlich kräftiger und geistig durchgebildeter in seinen Beruf eintritt. Das erste Lehrjahr wird ohnehin in den meisten Fällen sehr unproduktiv verwandt. Aber die Arbeitgeber halten gerade im jetzigen Zeitpunkt die Durchführung der Maßnahme infolge der Verknappung der Anzahl der Jugendlichen nicht für geeignet.

Sicherlich ist auch die Bereitwilligkeit der Eltern, gerade in der gegenwärtigen Zeit des Lohnabbaues und der Steuerbelastung das Opfer auf sich zu nehmen, das ihnen aus dieser Maßnahme erwachsen würde, sehr gering. Im übrigen dürften die Vorbereitungen für die Lehrstellenvermittlung zu Ostern 1931 schon getroffen sein. Schwierigkeiten für die Lehrstellenvermittlung dürften allgemein wohl kaum in größerem Umfange bestehen.

Dieser als Notmaßnahme gedachten verlängerten Schulpflicht stehen also mancherlei Bedenken entgegen. Für eine dauernde Regelung ist der Zeitpunkt ungeeignet, da das Reich und die Länder angesichts der Einschränkungen ihres Etats die Mittel nicht aufbringen können. Es fehlt auch noch eine einwandfreie finanzielle Berechnung der Kosten für die allgemeine Einführung der verlängerten Schulpflicht.

Vor allem aber ist die Frage, welcher Schulgattung, ob Volks- oder Berufsschule, das erweiterte Schuljahr zugesprochen werden soll, noch keineswegs geklärt. Jede der beiden Schulgattungen nimmt mit guten Gründen das weitere Schuljahr für sich in Anspruch. Ohne Zweifel wird die Durchführung der erweiterten Schulpflicht als dauernde Einrichtung eine weittragende Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens zur Folge haben. Auch in England ist es nicht einfach bei der Einführung eines neuen Schuljahres geblieben. Die in England gefundene Lösung bedeutet vielmehr eine gründliche und umfassende Schulreform. Daher hält es der Bundesvorstand für empfehlenswert, daß sich die Schulbehörden, die Vertreter der Lehrerschaft der beiden Schulgattungen, mit den Vertretern der Wirtschaft über den Lehrplan und über die organisatorische Eingliederung verständigen. Die Gewerkschaften bekennen sich grundsätzlich zu einer Erweiterung der Schulpflicht. Sobald die wirtschaftliche Lage sich bessert, muß diese große Reform in Angriff genommen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt es die Aufgabe, weitere Kreise für diesen Gedanken zu gewinnen, vor allem aber die Elternschaft immer wieder auf die große Bedeutung dieses Reformplanes hinzuweisen.

Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Verlängerung der Schulpflicht ist aus gesundheitlichen, jugendpsychologischen und sozialpädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits früher grundsätzlich für die Verlängerung der Schulpflicht eingetreten. An dieser Auffassung halten sie fest.

Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet erweiterten Jugendschutz, da der ganztägige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinausrückt. Diese längere Fernhaltung von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den Jugendlichen körperlich zu kräftigen und läßt ihm Zeit, geistig zu reifen. Er wird dann seine Berufsentscheidung mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulpflicht ist überdies eine Hebung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung unseres Volkes zu erwarten.

Die Verlängerung der Schulpflicht hat gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerläßlich.

Gegen den Vorschlag, die Verlängerung der Schulpflicht auf zwei Jahre zu befristen und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Provisorium wäre geeignet, den Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht zu gefährden.

Die Erweiterung der Schulpflicht ist für die Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens von weittragender Bedeutung. Die erweiterte Beschulung darf weder in einer einfachen Verlängerung des Elementarunterrichts (Volksschule) bestehen, noch darf sie (durch Besuch spezieller Berufsschulen) zu einer vorzeitigen Berufsentscheidung führen. Ueber Lehrplangestaltung und organisatorische Angliederung sollten sich die Behörden, die Vertreter der Lehrerschaft der Volks- und Berufsschulen mit Vertretern der Wirtschaft verständigen.

*

Vereinbarungen zwischen dem Gesamtverband und dem Afa-Bund.

Leipart berichtete, daß der Vorstand des Gesamtverbandes beabsichtigt, und zwar auf Grund eines Abkommens mit drei Afa-Verbänden, für seine Angestelltenmitglieder Beiträge an den Vorstand des Afa-Bundes statt wie bisher an den des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu zahlen. Der Afa-Bund und seine Unterorgane übernehmen dafür die Wahrung der besonderen Angestellteninteressen der im Gesamtverband organisierten Angestelltengruppen. Da diese Regelung vom Organisationsvertrag zwischen Afa-Bund und ADGB. abweicht, so sollte der Bundesausschuß des ADGB auf Antrag des Gesamtverbandes seine Zustimmung zur Zahlung der Beiträge an den Afa-Bund geben.

In der Aussprache stellte sich heraus, daß in verschiedenen Gewerkschaften des ADGB. ebenfalls nennenswerte Gruppen von Angestelltenmitgliedern vorhanden sind, für die der Anschluß an den Afa-Bund bzw. die Zahlung von Beiträgen an diesen in Betracht kämen. Diese Entwicklung hat sich vielfach aus der Aenderung des Berufsverzeichnisses der Angestelltenversicherung und durch Heraushebung im eigenen Beruf ergeben.

Da die Zahl der Mitglieder, die für diese Ueberführung an den Afa-Bund in Betracht kommen, nicht annähernd feststeht, beschloß der Bundesausschuß, daß die Vorstände der Verbände entsprechende Feststellungen treffen und etwaige Anträge für den Anschluß dieser Angestelltengruppen an den Afa-Bund, dem Vorstand des ADGB. unterbreiten sollten. Dann wird in der nächsten Sitzung des Bundesausschusses darüber entschieden werden können.

Eine besondere Aerzteorganisation ist von der Sektion Gesundheitswesen im Gesamtverband vorbereitet, die vornehmlich die angestellten Aerzte erfaßt. Der Plan geht dahin, auch die freien Aerzte in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Der Vorstand des Afa-Bundes ist bereit, gemeinsam mit dem Gesamtverband eine besondere Organisation zu bilden, in der alle Aerzte erfaßt werden.

Der Bundesausschuß beschloß daher, beide Organisationen mit der Ausarbeitung eines Planes zu beauftragen, über den die kommende Sitzung des Bundesausschusses beschließen soll.

*

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Bundesausschusses stand eine eingehende

Aussprache über die allgemeine Lage.

Leipart erinnerte einleitend an die in der letzten Zeit ergangenen Schiedssprüche und an die noch schwebenden und in Aussicht stehenden Verhandlungen der Bergarbeiter, Buchdrucker und Landarbeiter. Er berichtete von eingehenden Besprechungen des Bundesvorstandes mit Vertretern der Regierung über die schweren sozialen Gefahren, die durch die Schlichtungspraxis der letzten Wochen und die systematisch betriebene Lohnsenkung heraufbeschworen werde, und über die Gefährdung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Spliedt gab einen Ueberblick über das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen, wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Insbesondere werden sich die Verhältnisse in der Bauwirtschaft verschlechtern. Die Gewerkschaften stehen infolgedessen vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren oder auf das geringste Maß beschränken können. Die Tariflöhne konnten bisher im größten Teile der Fertigwarenindustrie gehalten werden, während die übertariflichen Verdienste und Akkordlöhne bereits vielfach abgeglitten sind. Der Angriff gegen die Tariflöhne auf breiter Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund drei Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die taktische Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich bekundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Danach wird es die Schlichtungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlichkeitserklärung, sowohl im Prinzip, als auch im einzelnen Falle einrichten.

Anderseits steht, wie gesagt, fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohneinkommens durch die Einschränkung der Ueberverdienste bereits stattgefunden hat. Daher haben auch die Gewerkschaften ein Interesse am Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt werde. Aber die Gewerkschaften haben nicht nur ein Interesse an dem Erfolg des Preisabbaues, sondern auch an seiner schnellen Durchführung und Beendigung. Währt die Aktion zum Abbau der Preise zu lange, so lähmt sie die Kaufkraft und drosselt die Auftragserteilung. Eine solche Entwicklung steht einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wege.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefordert. Vereinbarungen mit den Unternehmern über die Streckung der Arbeit begegneten bisher, wie sich in vielen Fällen zeigte, großen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belebung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wurde in ihrem Lager laut. Das Ziel der Arbeitsstreckung muß aber trotzdem mit größerem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen müsse. Es gilt, den Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzudrängen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderung zu rechnen haben. Selbstverständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

In der Diskussion wurde die gegenwärtige

taktische Situation der Gewerkschaften

eindringend erörtert. Allgemein war die Ueberzeugung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tariflöhne eintrete. Denn dann würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Lohneinbuße bedeuten. Gegen diese durch den Preisabbau nicht gerechtfertigte Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterschaft müßten sich die Organisationen mit äußerster Entschlossenheit zur Wehr setzen. Grundsätzliche Zugeständnisse der Unternehmer hätten nur dann Bedeutung, wenn ihre Beachtung im Einzelfall gewährleistet ist. Jede Zweideutigkeit muß gerade jetzt vermieden werden.

Die einzelnen Redner schilderten die zur Zeit in den verschiedenen Industriezweigen bestehende Lage, namentlich hinsichtlich der Tarifverträge und ihrer Kündigungszeiten. Aus den Berichten ergab sich, daß zahlreiche große Tarifbewegungen bevorstehen. Wenn die Regierung und die Unternehmer den ernsten Willen, den Austrag der sozialen Gegensätze in friedlichere Bahnen zu lenken, so müßten sie sich eindeutig zur Tarifidee und zur Erhaltung des Tarifsystems bekennen. Tatsächlich zeigt sich aber, daß die Unternehmer z. B. in der Metallindustrie weder in der Frage der Entlassungen, noch in der Frage der Mehrarbeit das geringste Entgegenkommen beweisen. Auch an dem Willen der Regierung, in diesen Fragen eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind starke Zweifel berechtigt. Bei manchen Auseinandersetzungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es den Unternehmern nicht nur auf den Lohnabbau ankommt, sondern auf einen Generalangriff gegen die tarifliche Regelung überhaupt, gegen die Beseitigung der Bestimmungen über den Urlaub, den Entlassungsschutz usw. Das normative Recht der Tarifverträge darf aber nicht verschlechtert werden.

Die Verbandsvorstände waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften die Entwicklung der Lage dauernd scharf im Auge behalten müssen, um zu gegebener Zeit abermals zu gemeinsamer Beratung der notwendigen taktischen Schritte zusammenzutreten.

Wie die Bürgersteuer erhoben wird

Die Bürgersteuer wird erhoben von allen im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen mit selbständigem Einkommen, soweit sie über 20 Jahre alt sind, und zwar nach dem Stande der Steuerpflicht am 10. Oktober eines jeden Jahres.

Die Notverordnung vom 26. Juli d. J. ist durch die 2. Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bezüglich der Bürgersteuer wesentlich geändert worden. Von diesen Aenderungen hat der Reichsfinanzminister den Landesfinanzämtern durch Runderlaß 1900 A — 3570 III vom 3. Dezember 1930 Kenntnis gegeben. Während nach der alten Notverordnung vom 26. Juli 1930 nur die Personen von der Bürgersteuer befreit waren, die mindestens seit einem Monat Krisenunterstützung empfangen oder laufend öffentliche Fürsorge genießen, ist durch die neue Verordnung vom 1. Dezember 1930 der Kreis der von der Bürgersteuer befreiten Personen erweitert worden (vgl. § 4 Abs. 2 GGBStVO. in der neuen Fassung). Befreit sollen hiernach außer den Personen, die bereits nach der alten Notverordnung der Bürgersteuer nicht unterlagen, auch die Personen sein, denen ein Wahlrecht nicht zusteht oder die Arbeitslosenunterstützung oder Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung oder eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen; ferner sollen auch die Empfänger einer Krisenunterstützung selbst dann befreit sein, wenn die Dauer der Unterstützung noch nicht den Zeitraum von einem Monat erreicht hat. Von der Bürgersteuer 1930 sind hiernach insbesondere auch die Kleinrentner, die Sozialrentner sowie die Schwerkriegsbeschädigten befreit. Für die Sozialrentner gilt die Befreiung nur, wenn ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 Mark nicht übersteigt. Bei den Empfängern einer Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes tritt die Befreiung nicht nur dann ein, wenn sie die volle Zusatzrente empfangen, sondern auch dann, wenn die Zusatzrente nur zum Teil gewährt wird. Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Länderregierungen bestimmt, jedoch müssen diese Landessätze gemäß § 5 der Notverordnung betragen: für Personen mit Jahreseinkommen von nicht mehr als

4500 Mark		mindestens 6 Mark
bei mehr als		
4500	bis 6 000 Mark	9 Mark
	bis 8 000 Mark	12 Mark
	bis 12 000 Mark	18 Mark
	bis 16 000 Mark	24 Mark
	bis 20 000 Mark	30 Mark
	bis 25 000 Mark	50 Mark
	bis 50 000 Mark	75 Mark
	bis 75 000 Mark	150 Mark
	bis 100 000 Mark	300 Mark
	bis 250 000 Mark	500 Mark
	bis 500 000 Mark	1000 Mark
	mehr als 500 000 Mark	2000 Mark

Der Landessatz ermäßigt sich für einkommensteuerfreie Personen auf die Hälfte des Mindestsatzes. Verheiratete zahlen das 1½fache des Landessatzes nach dem Gesamteinkommen, das beide Ehegatten haben.

Neue Bücher und Zeitschriften

Ein neuer Traven-Roman. In dem neuen Buch von Traven „Karren" wird in dem Beispiel eines Carreteros (proletarisierte Indios), der als Hauptperson durch diese Geschichte geht, zeigt der Autor das Dasein einer ganzen Klasse und wird ein ganzes Volk und ein ganzes Land sichtbar. Travens große Kunst der Erzählung gipfelt besonders in dem Kapitel des Buches, das sich mit dem Liebeserlebnis dieses Carreteros beschäftigt (Im „Steinarbeiter" Nr. 49 wurde bereits ein kurzer Auszug daraus gebracht.) und das mit einer Gegenüberstellung von christlicher und indianischer Schöpfungslegende schließt.

Die Büchergilde Gutenberg, Travens deutscher Verlag — bis jetzt sind acht Bände erschienen —, gibt den „Karren", einen Dreimarkband, jetzt (bis zum Jahresende) zum Vorzugspreis von 1,75 Mark an ihre Mitglieder ab.

Franz Künstler: **Kommunistische Katastrophenpolitik.** Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 20 Pfennig.

Die Schrift ist eine ernste, eindrucksvolle Mahnung zur Einigkeit des Proletariats, das durch Zwietracht seine Kampffähigkeit zermürbt. Künstler zeigt den verhängnisvollen, geradezu zerstörend wirkenden Einfluß der kommunistischen Demonstrationspolitik, die gewissenlos die dunkelsten Leidenschaften der Menschen aufpeitscht. Dieser Politik stellt Künstler die hart mit den Tatsachen rechnende sozialdemokratische Wirklichkeitspolitik gegenüber.

Flick — Flock — Flaum, die Zwerge. Der Verlag W. Pfannkuch & Co. (Volksstimme Magdeburg) hat den Büchermarkt um ein prächtiges Kinderbuch bereichert, das, ein modernes Märchen mit starkem sozialem Gehalt, auch Erwachsenen viel Freude macht, denn was hier in 232 allerliebsten Bildern und 224 lustigen Versen an unserem Auge vorüberzieht, ist keine der übersinnlichen Zwerggeschichten, sondern Menschenschicksal der Gegenwart. Die vom bösen Geizhals Flunsch aus ihrer Höhle vertriebenen drei Zwerge finden Schutz beim sozialdemokratischen Ortsvorsteher Krause und der Geizhals wird schließlich überlistet. Dann sehen wir die Zwerge im Großstadtgewimmel und dann beim Bauer Speck, wo sie das Elend der Landarbeiter kennenlernen. Wiederum wird Ortsvorsteher Krause ihr Freund in der Not. Also sozialer Anschauungsunterricht in nettester und kindlich verständlichster Form. Das in Querformat gehaltene, geschmackvoll ausgestattete Buch kostet nur 2,50 Mark.

Der Roman eines Dienstmädchens. Der norwegische Schriftsteller Frederik Parelius hat mit seinem Roman „Weib im Strom", der jetzt als schön ausgestatteter Dreimarkband im Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienen ist, die Geschichte eines Dienstmädchens geschrieben, die trotz des skandinavischen Milieus allgemeingültige Bedeutung hat. Die gesellschaftlichen Verhältnisse Norwegens unterscheiden sich wenig von denen der mitteleuropäischen Länder, und ein Dienstmädchen ist hier wie dort das Aschenputtel der Besitzenden. Parelius läßt ein verwaistes Bauernmädel aus einem weltentlegenen norwegischen Winkel nach Oslo als Dienstmagd gehen. Gunvor muß sich einen anderen Namen geben lassen, sie muß schwer arbeiten, wird schlecht behandelt, und der gnädige Herr steigt ihr nach. Er versteht es, sie bei ihren Gefühlen zu fassen, und das Ende vom Lied ist, daß sie ein Kind bekommt. In einem Frauenasyl bringt sie den Jungen zur Welt, aber sie läßt sich nicht klein kriegen und gibt den richtigen Vater an, was dem freilich nicht mehr kostet als 40 Kronen jährlich. Als sie dann später in einer Plätterei arbeitet, läßt sie sich ein zweites Mal anführen. Sie muß jetzt bitter um ihre Existenz kämpfen, gleitet von Stufe zu Stufe und gerät schließlich „auf den Strich". Aber schließlich reißt sie die Kurve ihres Lebens herum, sie arbeitet sich wieder hoch, macht sich selbständig, nimmt ihre Kinder wieder zu sich und hält sich auch aufrecht, als das Leben ihr auch dann noch jedes Glück versagt und es ihr nicht gelingt, die ihr entfremdeten Kinder innerlich zu gewinnen. Trotzig, ohne Illusion, bitter lachend, findet sie sich mit den Tatsachen ab, eine alleinstehende Frau, die ein hartes Leben hart gemacht hat. Man merkt es auf jeder Seite dieses Romans, daß der Autor ein Stück aus dem Leben geformt hat, aus dem Leben, wie es wirklich ist. Darin und in der packenden Realistik der Darstellung liegt die große Kraft dieses Buches.

Fahrt ins neue Jahr!

Sehn wir auch in die Ewigkeit
Das alte Jahr entschwinden:
Wir segeln auf dem Meer der Zeit
Mit jungen, frischen Winden!

Wir stoßen ab vom alten Strand
Wie Wikings junge Recken
Und fahren in ein neues Land,
Um Neues zu entdecken.

Glückauf! Ahoi! Kühn segeln wir
Durch Nebel, Sturm und Brandung.
Die Alten winken uns vom Pier
Und wünschen gute Landung.

Wir sind auf Deck, wir halten stand,
Wenn auch die Wogen branden,
Denn unser Schifflein, der Verband,
Darf nie im Sturme landen.

Sturm kündet auch das neue Jahr
Und will das Schiff zersplittern,
Da wird im Anprall der Gefahr
Kein junges Herz erzittern.

Wir stoßen vor mit scharfem Kiel,
Die starke Hand am Steuer.
Aus unserm Leuchtturm, unserm Ziel,
Blinkt rot das Jugendfeuer.

Es leuchtet uns mit rotem Schein
Durch tiefste Dunkelheiten,
Damit wir jung im Kampf ums Sein
Das Alter gut bereiten.

Klar zum Gefecht sind immerdar —
Ahoi! — wir Jungmatrosen,
Mag auch der Sturm im neuen Jahr
Um unser Schifflein tosen!

Viktor Kalinowski.

Trotz alledem! / Zur Jahreswende

Wir hoffen alle auf ein besseres neues Jahr. Wir hoffen, selbst wenn einstweilen so wenig Aussicht auf Besserung vorhanden ist, selbst wenn die Zukunft in dem oder jenem Berufe so besonders dunkel vor uns liegt. Ueber alle kritischen Erwägungen und alle ernsten Betrachtungen siegt letzten Endes in der Tiefe des Menschlichen immer der Glaube.

Wer hat nicht die stille Hoffnung, daß allem zum Trotze doch eine bessere Stunde kommt? Wir wissen nicht, wie. Es ist alles im Werden. Aus dem einen wird das andere heraus. Ein großer Gärungsprozeß der Wirtschaft an der Wende der Zeiten. Doch wir sind im Tiefsten davon durchdrungen: es wird besser.

Manche mögen es gedankenlos und träumerisch nennen, und doch entspringt dieses Glauben und Hoffen einem tief gewurzelten menschlichen Gefühl. Es ist der Glaube an Recht, der zum Wesen des Menschen geworden. Es ist das Fühlen der Kraft und der Menschengröße, die sich da unbewußt bewußt ist, dennoch stärker und gewaltiger zu sein als alles, was dieses Menschenrecht und diese Menschengröße in ihrer stolzen Freiheit hemmt.

Es kann nicht so bleiben, weil es dem Göttlichen im Menschen zuwider ist. All dieses Brutale dieser Wirtschaft, all diese Versklavung menschlichen Rechts: es kann nicht dauernd so bleiben, wie es ist. Und währt es länger oder währt es kürzer: es wird anders und besser und neu.

Sollte da das junge Jahr uns nicht ein Stück vorwärts bringen zu dem, worauf Menschen ein Anrecht haben? So zittert es bangend und hoffend in uns. Wird es vielleicht gar noch schlimmer? Ach, und dennoch ist es zuletzt immer wieder die Hoffnung, die siegt.

Menschenschwestern und Menschenbrüder, ihr alle, laßt euch diesen Glauben nicht ersticken in aller großen Not! Volk, mit diesem deinem schönen Glauben erlebst du dich im Edelsten und Tiefsten deiner selbst. Du glaubst an das Wahre und Gute und Schöne, weil du es selber trägst. An das Göttliche glauben ja, wie Hölderlin sagte, die allein, die es selber sind.

Was du fühlst, Volk, das wird auch werden. Dein Glaube ist die Seele des Werdensprozesses dieser Zeit. Das große Geschehen dieser historischen Stunde gilt einer hehren Erfüllung: du sollst sein.

Und aus diesem starken Glauben an das Größeste, das da wird, reckt sich auch im Alltag der Augenblicksnot das Leben in uns, das heiligste Leben, der göttliche Glaube an Sinn.

Aus diesem großen Glauben durchseelt uns die Hoffnung auf ein Dennoch des neuen Jahres.

Laßt uns zur Wende des Jahres alle eine Stunde der Besinnung haben, der Besinnung auf uns selbst! Hört in dieser Stunde der Jahreswende auf dieses tiefe Glaubende eurer Seele, daß euch das Leben der Not nicht im Inneren zerreißt und erstickt!

Laßt uns unseren Glauben erhalten! Nur mit dem Glauben erretten wir uns die Seele und der Bewegung den Geist. Laßt uns glauben! Aus der ganzen Liebe unserer Seele glauben an Menschenrecht und an Freiheit! Ja, glauben! Trotz alledem und alledem! Daß das doch nur bleibt, was die Zukunft bedeutet und die Freiheit erzwingt: Fülle der Kraft, der Liebe, des Könnens. Menschen des Wollens und der Tat. Kämpfer.

Dr. Gustav Hoffmann.

Wirtschaftsnot und Jugendarbeit

Konferenz der gewerkschaftlichen Jugendleiter

Die für die jüngere Arbeiterschaft besonders nachhaltigen Wirkungen der großen Arbeitslosigkeit bildeten den Ausgangspunkt für die Erörterungen in einer vom Vorstand des ADGB. einberufenen Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Jugendleiter, die am 27. und 28. November in Berlin stattfand. Es wurden die Vorschläge besprochen, die auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes der Jugendlichen hinzielen, es wurde ferner ein Erfahrungsaustausch über die Mittel und Wege vorgenommen, die es den Gewerkschaften am besten ermöglichen, für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen jüngeren Gewerkschafter zu sorgen und mit ihnen Verbindung zu behalten.

Von den in der Oeffentlichkeit diskutierten Vorschlägen zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist es besonders der auf Verlängerung der Schulpflicht, der die Jugendlichen betrifft. Diese Maßnahme stand schon in früheren Jahren in Gewerkschaftskreisen zur Diskussion und wurde im allgemeinen grundsätzlich bejaht. Jetzt aber handelt es sich nur darum, ob in einem kurzen Zeitabschnitt (zwei Jahre) für die Volksschüler, die nicht in landwirtschaftliche Tätigkeit zu treten beabsichtigen, noch ein weiteres Schuljahr, das für die zum Ziel der Volksschule gelangten Schüler berufsvorbereitenden Charakter tragen soll, in Betracht zu kommen hat. Die ungeteilte Meinung der Konferenz ging nach lebhafter Aussprache über ein Referat des Kollegen Otto Heßler dahin, daß ein solches Provisorium nur geeignet wäre, dem Gedanken der allgemeinen Schulpflichtverlängerung schwerstens zu schaden.

Im Gegensatz zu dieser ablehnenden Haltung stimmte die Konferenz einmütig der Ansicht zu, daß trotz der Ungunst der Zeit versucht werden müßte, die seit Jahren nicht vom Fleck gekommene Jugendschutzgesetzgebung vorwärts zu treiben. Die noch aus der Vorkriegszeit stammende Regelung der Nachtarbeit Jugendlicher und die Tatsache, daß die von den Jugendlichen zum Besuch der Berufsschule benötigte Zeit nicht als Arbeitszeit gewertet wird, weil eine entsprechende gesetzliche Bestimmung fehlt, zwingen zu baldigen gesetzgeberischen Maßnahmen. Man war sich dabei klar darüber, daß in einem etwaigen Jugendschutzgesetz auch der Ferienanspruch für Jugendliche und der Wochenendfrühschluß gesichert werden müßten. Es wurde dem ADGB. überlassen, die geeigneten Schritte für eine Verbesserung des gesetzlichen Jugendschutzes in die Wege zu leiten.

Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit beeinträchtigen den Umfang der Jugendarbeit. Mehrere für das Jahr 1931 vorgesehene größere gewerkschaftliche Jugendtreffen sind bereits abgesagt worden trotz der Erkenntnis, daß gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Depression solche Massenaufmärsche notwendig zur Belebung der Stimmung sind. Für zweckmäßig und durchführbar wurde aber gehalten, daß die Bezirke des ADGB. es übernehmen, kleinere Jugendtreffen in Unterbezirken, die möglichst wenig Kosten verursachen, zu veranstalten. An diesen sollten sich möglichst alle dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften beteiligen. Trotz der schwierigen Situation, die durch die erhebliche Verkürzung der Aufwendungen öffentlicher Stellen für Zwecke der Jugendpflege verschärft wird, sollen alle Gewerkschaften Veranstaltungen und Einrichtungen für die jüngeren Erwerbslosen treffen und fördern. Die Aussprache hierüber ergab, daß fast überall bereits von den Organisationen, oft in Verbindung mit Arbeitsämtern und Gemeindebehörden Maßnahmen der verschiedensten Art (allgemeinbildende und fachliche Kurse, unterhaltende Veranstaltungen, Bereitstellung von Lese- und Spielzimmern usw.) getroffen werden. Die Sparmaßnahmen der Behörden dürften aber nicht dazu führen, diese Veranstaltungen zu unterbinden. Es wurde im Gegenteil die Bereitstellung von mehr Mitteln als bisher für notwendig erachtet.

Die von den Gewerkschaften an der Jugend zu leistende Erziehungsarbeit hat sich in ihrer Grundeinstellung gerade in der gegenwärtigen Krise als richtig und notwendig erwiesen. Gegenüber dem massenhaft wuchernden Wunderglauben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet gilt es, zu zeigen, daß die komplizierten Zusammenhänge der menschlichen Gesellschaft zunächst gesehen und verstanden werden müssen, bevor an ihre Umgestaltung zu denken ist. Die Vorbereitung für die Erfüllung spezieller Aufgaben ist heute notwendiger denn je; aber mehr als bisher wird auf den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen der Tätigkeit des Arbeiterfunktionärs in dem einzelnen Sachgebiet und der von den Gewerkschaften erstrebten Umwandlung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinzuweisen sein. Die Jugendveranstaltungen und Jugendzeitschriften der Gewerkschaften haben nach Ansicht der Konferenz hierbei eine Hauptaufgabe zu erfüllen.

Ueber die von den gewerkschaftlichen Jugendabteilungen geleistete Arbeit ist bisher nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten berichtet worden, so daß auch noch keine Gesamtübersicht durch den ADGB gegeben werden konnte. Die Konferenz erklärte sich dafür, daß nach einem in den Grundzügen einheitlichen, vom Jugendsekretariat des ADGB noch zu erarbeitenden Fragebogen die Verbände mindestens halbjährliche Berichte von ihren Jugendabteilungen einzufordern hätten. Nach den von den Verbänden zusammengestellten Ergebnissen würde dann der ADGB alljährlich einen Ueberblick über die geleistete Jugendarbeit zu geben haben. Bei diesen Erörterungen, die vom Kollegen Sauer (Zimmererverband) durch einleitende Ausführungen eröffnet wurden, betonte man, daß die Zählung der jugendlichen Mitglieder noch nicht in allen Verbänden einwandfrei erfolgt, so daß die bisher in den Jahrbüchern des ADGB veröffentlichten Zahlen über die jugendlichen Mitglieder kein zutreffendes Bild geben. Für notwendig wurde erachtet, daß bei den Berichten über die Zusammensetzung der Mitgliedschaft die Gesamtheit der Lehrlinge (auch wenn sie über 18 Jahre alt sind) und der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren erfaßt wird. Für wünschenswert wurde weiter gehalten, daß die Verbände eine vergleichbare Uebersicht von der Entwicklung der Lehrlingslöhne, des Urlaubs und anderer tariflicher Sonderbestimmungen für Jugendliche ermöglichen.

Die von den Jugendabteilungen durchzuführende Berichterstattung soll mit dem 1. Januar 1931 einsetzen, so daß am 30. Juni 1931 der erste Halbjahresfragebogen einzuliefern wäre. Ueber die Tätigkeit der örtlichen gewerkschaftlichen Jugendkartelle werden die Bezirkssekretariate des ADGB auf Grund eines noch festzulegenden Fragebogens in Zukunft regelmäßig Erhebungen anstellen.

*

Der Jugendleiterkonferenz ging eine gemeinsame Beratung mit den Sachbearbeitern der Verbände für Bildungsfragen voraus, die sich mit dem oben gestreiften Problem der Verlängerung der Schulpflicht sowie mit der Reform der Gewerbelehrerausbildung in Preußen beschäftigte. In knappen Umrissen zeigte Kollege Maschke, wie in Preußen unter der Mitwirkung der Gewerkschaften ein unseren Wünschen nahekommender Ausbildungsgang für die Gewerbelehrer geschaffen worden ist, trotzdem die Bestrebungen, auch in Preußen nach dem Beispiel einiger anderer Länder das Hochschulstudium zur Voraussetzung für die Gewerbelehrertätigkeit zu machen, sehr stark waren. Die kürzlich eingerichteten Vorbereitungskurse bieten jüngeren beruflich tüchtigen Arbeitern die Möglichkeit, auch ohne Schulberechtigungen bis zur Hochschule zu gelangen, sie erleichtern den Zugang zu der besonderen Ausbildungsstätte der Gewerbelehrer, dem Berufspädagogischen Institut. Soll dieser grundsätzlich bedeutungsvolle Versuch Preußens zum Erfolg führen, so sind an die Qualität der Teilnehmer an diesen Vorbereitungskursen hohe Anforderungen zu stellen. Der einheitlich von der Konferenz eingenommene Standpunkt ging dahin, daß die Gewerkschaften das Erreichte anerkennen und bestrebt sein müssen, durch schärfste Auswahl daran mitzuhelfen, daß die dem Aufstieg vom Beruf dienende Maßnahme Preußens zu einem vollen Erfolge führt.

Hat man im Altertum geraucht?

Es soll gern und ohne weiteres zugegeben werden, daß diese Frage wie ein schlechter Witz klingt. Wir haben uns so daran gewöhnt, das Rauchen als eines der vielen bedauerlichen Laster anzusehen, für die wir die vielgeschmähte Neuzeit verantwortlich machen. Neuere Forschungen nun lassen die eingewurzelte Theorie plötzlich zu Atomen zerschellen, denn es steht mit einem Male ganz einwandfrei fest, daß man wirklich und tatsächlich im Altertum geraucht hat! So fand man in den vorgeschichtlichen Gallo-römischen Gräbern, in Neuville-le-Pollet und in anderen Gegenden Frankreichs, aber auch in Irland und Holland Pfeifenköpfe aus gebranntem Ton, Bronze und harten Holzarten. Größere Mengen Rauchutensilien am Hadrianswall, solche römischer Herkunft natürlich in Rom selbst, aber auch in der Schweiz, im Jura und im Rheinland. Allerdings ist die Frage nach dem „verrauchten" Material leider noch nicht vollständig geklärt. Wir wissen nur, dies allerdings mit voller Bestimmtheit, daß die Skythen Hanf geraucht haben. Ob auch die anderen Völker diesen kaum sehr angenehmen „Tabak", der heute bei uns schaudernde Erinnerungen an den sogenannten Kriegstabak erwecken dürfte, gebraucht hatten, wird der Forschung auf die Dauer kaum eine unlösliche Frage bleiben.

R. C. R.

Das Arbeitsjahr

oder: die Erziehung zum kapitalistischen Menschen.

Man verfolgt ohne Zweifel mit dem Bestreben, das Arbeitsdienstjahr einzuführen, einen ganz bestimmten Zweck. Es handelt sich bei dem Plane des Arbeitsjahres um den Ausbau des kapitalistischen Erziehungssystems, wie wir es bereits im Dinta, in den Lehrwerkstätten, den Werkzeitungen, den Reden und Schriften dieser Ethiker des Kapitalismus, wie Jung und Hornesser kennen.

Oberingenieur Dr. Arnold, der Gründer und Leiter des Dinta, sprach es ja in Bonn seinerzeit deutlich aus. Welche Erziehung soll danach das Dinta bezwecken? Die „Erziehung" des alten Heeres soll sie ersetzen. Wer kann daran zweifeln, daß man einen Ersatz dieser „Erziehung" des alten Heeres in noch viel größerem Maße im Arbeitsdienstjahre erblickt?

Niemals können die Gewerkschaften darum diesen Plänen der Reaktion ihre Zustimmung geben. Wir bekämpfen das Arbeitsdienstjahr mit aller Entschiedenheit. Wir bauen unsere gewerkschaftliche Bewegung zum neuen Erziehungssysteme aus, indem wir gewerkschaftliche Bildung treiben und immer weitere Kreise hineinziehen in diese Bildungspflege. Hier bahnt sich die Bildung und Erziehung des neuen Menschen an, der seinen Pflichten gegenüber dieser Zeit gewachsen ist.

Allerdings wird unsere Bildung und Erziehung niemals Ersatz für das alte Heer sein. Mit solch sklavischem Sichfügen werden keine neuen Menschen geschaffen, wie sie diese Wende der Zeit nötig hat.

Und so treten Gewerkschaftsbewegung und Kapitalismus immer deutlicher in die Erscheinung als zwei grundverschiedene Wirtschaftsauffassungen vom Menschen. Soll der Mensch im Kapitalismus Lohnarbeiter der Unternehmerherren oder soll er durch die Demokratisierung der Wirtschaft Gleicher unter Gleichen sein?

Dr. G. H.

Ein Erzbischof über die kapitalistische Wirtschaft

Die schlechte Wirtschaftslage veranlaßt zur Zeit so manchen Menschen, der sich bisher sehr wenig mit der Wirtschaft beschäftigt hat, zur Stellungnahme. Daß Angehörige der besitzenden Klasse der Wirtschaftsnot mit ganz andern Mitteln begegnen wollen, als die Massen der Arbeiter, ist begreiflich. Drückt sich doch darin der Wunsch aus, die Sanierungskosten der werktätigen Klasse aufzubürden. Nun hat einer, der über den Parteien stehen soll, zur Feder gegriffen, um Stellung zu dem Problem der Gegenwart zu nehmen. Der Erzbischof von Prag, Dr. Kordac, veröffentlicht einen Artikel, der eine leidenschaftliche Anklage gegen den Kapitalismus und zugleich eine Mahnung an die derzeitigen Machthaber ist, die Milderung des Elends nicht länger hinauszuschieben. Der Erzbischof stellt fest, daß wir im Zeitalter des Egoismus und des Niederganges leben, wofür er den Kapitalismus wie folgt verantwortlich macht:

„Dieser allgemeine Niedergang ist die Folge des unmoralischen Kapitals, des unproduktiven Kapitals, das von Ausbeutern und Spekulanten, von einzelnen und von ganzen Korporationen, gleichviel, ob von Banken oder Trusts, aufgehäuft wird. Dieses brachliegende Kapital ist das Ergebnis der produktiven Arbeit der Arbeiterhände und Angestelltengehirne, und anstatt dem Fortschritt zu dienen, wird es zur Grundursache der allgemeinen Armut und Dekadenz." Nach Zitierung einer Bibelstelle muß der Erzbischof feststellen: „Heute herrscht nicht Ordnung, sondern Chaos . . . Das Kapital hat sich alle Früchte des menschlichen Geistes angeeignet, technische Erfindungen, Forschungen der Wissenschaft, neue Arbeitsmethoden. Auf diese Weile wird alles, was dem Menschen ein Segen sein soll, ihm zur Verdammnis. Ich bin keineswegs gegen die Maschinen. Ich weiß, daß sie den Fortschritt bringen könnten, doch die Arbeiter, die in England die ersten Maschinen zertrümmerten, haben instinktiv ganz richtig gefühlt, daß die Maschinen sie eines Tags ums Brot bringen und in Not und Verzweiflung stürzen werden. Ich sehe im Aufblühen der Industrie und der Technik keinen Fortschritt, solange der Mensch, der der Herr der Materie sein soll, ihr Sklave ist, solange nicht ihm die Maschine dient, sondern er ihr Sklave ist."

Dr. Kordac findet in seinen Ausführungen recht harte Worte gegen den Kapitalismus. Wir erachten seine wiedergegebene Meinung als durchaus richtig und mit der unsrigen übereinstimmend. Da die freien Gewerkschaften den Arbeitern und Angestellten einen größeren Ertrag ihrer Arbeit sichern, und sie damit konsumfähiger machen wollen, tragen sie im Sinne des Erzbischofs von Prag zur Beseitigung der Wirtschaftsnot in nicht geringem Maße bei. Eine bessere Bestätigung über die Richtigkeit ihres Wirkens können die Gewerkschaften wohl kaum bekommen. Wir sind aber auch mit Herrn Kordac darin einig, daß der unmoralische Kapitalismus beseitigt werden muß, denn erst dann ist es möglich, den arbeitenden Menschen zum Herrscher über die Maschine zu machen. Die Eroberung der Herrschaft aber ist eine Machtfrage, die erst entschieden werden kann, wenn die arbeitende Klasse selbst eine Macht geworden ist.

Nazi-Italien. In dem „Reise- und Bäder-Anzeiger" der deutschen Bergwerkszeitung (14. 11. 30) wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Reisende nach Italien eine gebrauchte Kamera mitnehmen darf. „Zu beachten ist aber, daß im italienischen Südtirol an der Grenze das Photographieren teilweise verboten, teilweise eingeschränkt ist. Es ist also Vorsicht geboten. Aufnahmen von Personen der ärmeren, zerlumpten Bevölkerung sind untersagt!" Da wir nicht annehmen können, daß die Italien-Reisenden und auch nicht die besitzenden italienischen Kreise es als Sport betrachten, in Lumpen herumzuspazieren, so bleibt nur noch der Arbeiter übrig. Diesem „Landesverbot" nach zu urteilen, müssen also Massen von Arbeitern in derart ärmlichen Verhältnissen leben, daß sie sich nur noch mit Lumpen kleiden können!? Eine nette Illustration zu dem Ziel, wohin uns auch die italienfreundlichen, deutschen Nazis führen wollen! Gewiß sind sie sich mit den deutschen Unternehmern da vollkommen einig, wie der Lohnraub der letzten Wochen und Monate zur Genüge beweist. Junger Kollege, willst du dahin kommen? Wenn nicht, dann stärke die freien Gewerkschaften, damit sie derartiges Unheil verhüten können.

Die schwere deitsche Sprak. Im „Korrespondent" für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer wurde folgende heitere Geschichte von zwei Polen in Oberschlesien erzählt: Kommt Antek zu Franzek und sagt: „Weißt du, bin ich betrübt und im Drucke, muß ich machen Obersteigerprüfung. Wird verlangt vor allen Dingen Rechtschreibung und macht mir schwer große und kleine Buchstaben." Sagt Franzek: „Is nicht so schlimm. Also was du kannst anfassen, schreibst du groß, was du nicht kannst anfassen, schreibst du klein. Mache ich dir klar an Beispiel: „Der Hund sitz hintern Ofen." Also „der" kannst du nicht anfassen, schreibst du klein. Hund kannst du nicht anfassen, beißt, schreibst du klein. Sitz kannst du anfassen, schreibst du groß. Hintern kannst du anfassen, schreibst du groß. Und „Ofen" kannst du nich anfassen, is heiß, schreibst du klein." — Nach diesen famosen Ratschlägen wünscht die Redaktion des „Steinarbeiters" dennoch keine Berichte und Zuschriften zu erhalten.